

KLAUS-JÜRGEN MÜLLER

Der deutsche Widerstand und das Ausland

GEDENKSTÄTTE DEUTSCHER WIDERSTAND BERLIN

Beiträge zum Thema Widerstand

Herausgegeben vom
Informationszentrum Berlin
Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße

- Heft 1 Andreas Biss, List als Mittel des Widerstandes 5. Aufl. 1982
Heft 2 Ludwig Rosenberg, Widerstand aus der Sicht der Emigration 3. Aufl. 1982
Heft 3 Rudolf Küstermeier, Der rote Stoßtrupp 4. Aufl. 1981
Heft 4 Werner Koch, Der Kampf der Bekennenden Kirche 4. Aufl. 1983
Heft 5 Georg Holmsten, 20. Juli 1944 – Personen und Aktionen 5. Aufl. 1983
Heft 6 Ilse Rewald, Berliner, die uns halfen, die Hitlerdiktatur zu überleben 4. Aufl. 1982
Heft 7 Heinz Galinski/Dietrich Stobbe, Das Gedenken mahnt 1. Aufl. 1978 (vergriffen)
Heft 8 . . . für immer ehrlos – Aus der Praxis des Volksgerichtshofes 4. Aufl. 1986
Heft 9 Heinrich Bücheler, Generaloberst Erich Hoepner und die Militäropposition gegen Hitler 3. Aufl. 1986
Heft 10 Fritz Eberhard, Arbeit gegen das Dritte Reich 3. Aufl. 1981
Heft 11 Ernst Fraenkel, Der Sinn illegaler Arbeit 2. Aufl. 1982
Heft 12 Maria Lahusen, Verurteilt wegen Heimtücke 2. Aufl. 1982
Heft 13 Detlev Peukert, Der deutsche Arbeiterwiderstand gegen das Dritte Reich 4. Aufl. 1987
Heft 14 Anna Sabine Halle, „Die Gedanken sind frei. . .“ 2. Aufl. 1982
Heft 15 Inge Deutschkron, Berliner Juden im Untergrund 4. Aufl. 1984
Heft 16 Wolfgang Wippermann, Antifaschismus in der DDR: Wirklichkeit und Ideologie 1. Aufl. 1980
Heft 17 Detlev Peukert, Alltag unterm Nationalsozialismus 2. Aufl. 1987
Heft 18 Adam Wolfram, Bergarbeiter im Widerstand 2. Aufl. 1986
Heft 19 Wolfgang Wippermann, Die Berliner Gruppe Baum und der jüdische Widerstand 2. Aufl. 1982
Heft 20 Richard Löwenthal, Die Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“ 2. Aufl. 1986
Heft 21 Walter Uhlmann, Metallarbeiter im antifaschistischen Widerstand 2. Aufl. 1984
Heft 22 Erich Klausener, Zum Widerstand der Katholiken im Dritten Reich 2. Aufl. 1987
Heft 23 Bodo Scheurig, Walther von Seydlitz-Kurzbach – General im Schatten Stalingrads 2. Aufl. 1987
Heft 24 Kurt Hermann Mendel, „Blick in die Zeit“ 2. Aufl. 1987
Heft 25 Susanne Miller, Sozialistischer Widerstand im Exil, Prag – Paris – London 1. Aufl. 1984
Heft 26 Ger van Roon, Der Kreisauer Kreis zwischen Widerstand und Umbruch 1. Aufl. 1985
Heft 27 Klaus-Jürgen Müller, 20. Juli: Der Entschluß zum Staatsstreich 1. Aufl. 1985
Heft 28 Hans Mommsen, Der 20. Juli und die deutsche Arbeiterbewegung 1. Aufl. 1985

© Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Stauffenbergstraße 13/14, 1000 Berlin 30, 1986
Redaktion: Nicolaus Starost
Druck: Felgentreff & Goebel
ISSN 0175-3592

Diese Broschüre wird unentgeltlich abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt

Der deutsche Widerstand und das Ausland*

I.

Die Forschung über den deutschen Widerstand gegen das NS-Regime ist seit etwa einem Jahrzehnt durch eine erhebliche Verbreiterung und Differenzierung der Fragestellung, durch eine beachtliche Vielfalt der methodischen Zugriffe und durch bemerkenswerte Verfeinerung des begrifflichen Instrumentariums gekennzeichnet.¹⁾

Indessen läßt sich nicht übersehen, daß „die Ergebnisse neuerer Bemühungen zur Erforschung des Widerstandes nur schwer angenommen werden“.²⁾ Mehr noch: von Überlebenden des Widerstandes, ihren Angehörigen und Zeitzeugen, aber auch aus der einschlägig interessierten Publizistik ist Kritik an der Geschichtswissenschaft laut geworden, die zum Teil recht heftige Formen annimmt. Historiker werden als „zwanghafte Entmythologisierung“³⁾ bezeichnet, der Wissenschaft ein „Bemühen zu ‚entschleiern‘“⁴⁾ vorgeworfen, ihr Tun gar als „Leichenfledderei“ qualifiziert.⁴⁾ Diskussionen, die unter Fachleuten zwar durchaus kontrovers über Abstraktionen und Begrifflichkeiten geführt werden, unterliegen dabei überraschenden Fehlinterpretationen: Begriffe, die von der Zunft als deskriptiv benutzt werden – wie etwa der Begriff ‚national-konservativ‘ für bestimmte Gruppierungen des zum 20. Juli führenden Widerstandes –, fassen solcherart irritierte Zeitzeugen dann als wertend, gar als abwertend auf.⁵⁾

So unterschiedlich und individuell getönt auch diese Kontroversen sein mögen, sie reflektieren fraglos eine zunehmend spürbar werdende Verständigungsschwierigkeit zwischen Geschichtswissenschaft und interessierter, ja existenziell engagierter Öffentlichkeit, von der die überlebenden Zeitzeugen ein wichtiger Teil sind.

Diese Schwierigkeiten liegen natürlich nicht darin, daß nachgeborene Historiker – wie oft vorwurfsvoll angemerkt wird – unfähig seien, Zeitgeist und Lebensumstände einer kürzlich vergangenen Geschichtsperiode zu erfassen und nachzuempfinden, weil sie sie selbst nicht miterlebt hätten. Aus den Akten – so wird oft gesagt – ließe sich das Wesentliche eben nicht rekonstruieren. Nachgeborene Historiker hätten daher eben keine Ahnung, was Leben unter der NS-Diktatur bedeutete.⁶⁾ Hier wird einfach übersehen, daß die Quellenbasis, auf die sich die Geschichtswissenschaft stützt, durchaus breiter ist als der Laie anzunehmen geneigt ist und daß Historiker sehr wohl in der Lage sind, Atmosphärisches quellenmäßig einzufangen.

Aber besagter Vorwurf ist ja wohl nicht bloß als eine temperamentvolle Überreaktion auf einseitig anmutende oder provozierend verstandene Formulierungen der Fachwelt aufzufassen. Er ist offensichtlich sehr ernst gemeint, dennoch aber nicht genügend reflektiert. Denn nähme man ein solches Argument wirklich ernst, so bedeu-

* Überarbeiteter Vortrag im Rahmen der offiziellen Feiern zum 20. Juli 1944 der Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Otto-Braun-Saal der Staatsbibliothek am 19. Juli 1986

tete dies ja nichts weniger, als die Möglichkeit der Geschichtswissenschaft grundsätzlich zu verneinen.

Die Ursachen dieser Verständigungsprobleme liegen allerdings auf einer tieferen Ebene. Daß die Ergebnisse der neueren Bemühungen zur Erforschung des Widerstandes nur schwer angenommen werden, kommt sehr wesentlich daher, daß der überlebende Zeitzuge ‚sein‘ Bild, das er sich in existentieller Betroffenheit vom Widerstand gemacht hat, das er gar im Leiden erfahren hat, nicht in Einklang mit dem von der Geschichtsforschung präsentierten Bild bringen kann.

Die auf überindividuell gültige Aussagekraft strebende wissenschaftliche Rekonstruktion vergangener Wirklichkeit stimmt eben notwendigerweise nicht mit der individuell und subjektiv erfahrenen Wirklichkeit überein, ohne jedoch dadurch weniger ‚wahr‘ zu sein. Aber es handelt sich bei dem wissenschaftlichen Wahrheitsbegriff eben um einen speziellen Begriff von ‚Wahrheit‘. Und hier liegen die letzten Ursachen der erwähnten Verständigungsschwierigkeiten. Sie sind nämlich darin zu suchen, daß von einer engagierten Öffentlichkeit die Grenzen und Möglichkeiten der modernen Geschichtswissenschaft nicht zutreffend eingeschätzt werden. Man erwartet meist zuviel von der Geschichtswissenschaft. Die Relativität geschichtswissenschaftlicher Forschungsergebnisse wird offensichtlich von dem betroffenen Zeitgenossen nicht erkannt. Manche Aufregung und gar Empörung über diesen oder jenen Forschungsansatz, über diese oder jene Forschungsergebnisse würden sich erübrigen, machte man sich nicht übertriebene Vorstellungen von den Möglichkeiten geschichtswissenschaftlicher Erkenntnis und von ihrer Vorläufigkeit und Relativität.

Meine heutigen Ausführungen zu einem der zentralen Themen der Geschichte des deutschen Widerstandes – zur Außenpolitik des Widerstandes – möchten ein wenig dazu beitragen, diese Kluft zwischen den Erkenntnismöglichkeiten der Geschichtswissenschaft einerseits und den Erwartungen einer engagierten Öffentlichkeit andererseits zu schließen und so etwas die Verständigungsprobleme zu mildern.

Machen wir uns zunächst bewußt, daß die Geschichtswissenschaft sich in einem **dialektischen Prozeß** entwickelt. Die Forschungsergebnisse von heute sind gleichsam nur eine These, auf welche die Forschung von morgen mit einer Anti-These reagiert, und beide führen übermorgen zu einer Synthese, die wiederum nichts anderes darstellt als die These für eine künftige Antithese. Und so fort.

Dabei muß – nota bene – dies nicht nur im Zeitablauf sich ereignen, sondern auch die jeweils gegenwärtige Forschungsdiskussion verläuft bereits in dialektischer Auseinandersetzung. Wissenschaftliche Kontroversen (wie etwa jene über das Verhalten General Becks im Jahr 1938)⁷ sind Ausdruck dieses Sachverhaltes. Aufgrund der Dialektik des Forschungsprozesses gibt es daher nicht **die** historische Wahrheit (– sieht man einmal von bloß faktischen Feststellungen ab –), sondern nur vorläufige, nur ‚Teil-Wahrheiten‘, nur eine ‚offene, relative Wahrheit‘.

II.

Der dialektische Charakter historischen Erkenntnisfortschritts zeigt sich im übrigen sehr deutlich gerade bei unserem Thema, der „Außenpolitik des Widerstandes“.

In einer frühen Phase hat Ritter v. Schramm mit Nachdruck die universale, übernationale Denkweise des national-konservativen Widerstandes der Gruppe um Beck und Goerdeler hervorgehoben und sie von rein nationaler Interessen- und Machtpolitik konservativer Prägung unterschieden, hat sie geradezu als frühen Vorkämpfer der europäischen Einigungsidee geschildert. Gleichsam anti-thetisch dazu hat der amerikanische Politologe und Historiker George K. Romoser gerade die Fixierung des Denkens dieser Widerstandsgruppe auf nationale Interessen und deren unreflektierte Gleichsetzung mit westlich-abendländischer Tradition unterstrichen.⁶⁾

Mitte der sechziger Jahre hat dann Hermann Graml, gleichsam auf einer höheren Ebene die Synthese aus diesen beiden extremen Auffassungen herbeiführend, auf breiter Quellengrundlage dargelegt, daß Äußerungen ‚nationalen Denkens‘ einerseits und ‚Bekundungen europäischen Denkens‘ andererseits zwei Seiten derselben Sache seien: der deutsche Widerstand habe „eine Entwicklung gekannt“.⁹⁾ Er war keine monolithische Größe, sondern die Gruppe der ‚Honoratioren‘, und die ‚Kreisauer‘ hatten auch außenpolitisch abweichende Vorstellungen; ja selbst innerhalb dieser Gruppen bestanden individuell unterschiedliche Auffassungen. Sie alle hätten schließlich in einem durchaus kontroversen und schmerzhaften Klärungsprozeß zu einer konsensfähigen Auffassung gefunden. Das außenpolitische Denken der Kreisauer habe sich „national aufgeladen“, das der ‚Honoratioren‘ am Ende „schon den Begriffen und Vorstellungen einer neuen Epoche . . . verbinden können“. Grundlegendes Ergebnis dieser Forschungen blieb erstens die Einsicht in den „Prozeßcharakter des Widerstandes“, also in die Tatsache seiner inneren Entwicklung, und zweitens die Erkenntnis, daß der Widerstand keine monolithische Einheit, sondern eine komplexe historische Erscheinung war.

Diese hier nur sehr grob skizzierte Forschungsentwicklung ist ein klassisches Beispiel für die Dialektik geschichtswissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts, wo nichts verlorengeht, wo Irrtümer zwar überwunden werden, Einseitiges in größere Zusammenhänge eingefügt wird, insgesamt aber die Erkenntnis in die verwirrende Vielfalt geschichtlicher Erscheinungen weiterschreitet, reicher wird, komplexer, auch komplizierter wird – was im übrigen dann auch eine Quelle jener erwähnten Verständigungsprobleme ist.

Ein weiteres Bewegungsgesetz geschichtswissenschaftlicher Forschung neben dem dialektischen Prozeß ist der ständige **Wechsel der Perspektive**.

Die Komplexität der historischen Erscheinungen läßt sich eben nicht gleichsam mit einem Blick erfassen, mit einer zentralen Fragestellung begreifen. Sie erfordert immer wieder den Wechsel der Perspektive. Dabei muß jede Perspektive als legitim gelten, solange sie zur besseren Erhellung der in Frage stehenden historischen Phänomene beiträgt. So setzt sich die (immer unvollständige, immer nur annäherungsweise mögliche) Rekonstruktion der vergangenen Wirklichkeit gleichsam wie in einem Kaleidoskop aus einer Vielzahl von verschiedenartigen Perspektiven zusammen. Im Denken einer empirischen Wissenschaft wie der Historie gibt es nicht **den**

archimedischen Punkt, von dem aus der einzig mögliche umfassende Blick auf den Untersuchungsgegenstand erfolgen muß, sondern eine Fülle von legitimen Betrachtungspunkten der Vergangenheit. Das unterscheidet uns von allen holistischen Weltanschauungen, die nur ein einziges Erklärungsmodell für die Wirklichkeit, auch für vergangene Wirklichkeit, kennen. Die Vergangenheit ist vielfältig und mannigfaltig. Daher gibt es eben vielfältige Zugänge zu ihr. Das gilt auch für den Widerstand, diese komplexe historische Erscheinung.

So ist das Thema ‚Außenpolitik des Widerstandes‘ bzw. ‚Außenbeziehungen des Widerstandes‘ unter mehrfachem Perspektivwechsel untersucht worden. Einmal – wie bereits erwähnt – unter dem Aspekt der außenpolitischen Konzeptionen und Zielvorstellungen. Sodann von der Fragestellung aus, wie konkret die Umsetzung dieser Konzeptionen erfolgte bzw. versucht wurde.¹⁰⁾ Damit kam ein weiterer Aspekt in die Diskussion, nämlich die Haltung des Auslandes, vor allem der Kriegsgegner, also die ausländischen Reaktionen auf die verschiedenen Kontaktversuche des Widerstandes vor und während des Krieges.¹¹⁾ Es erfolgte somit eine Art doppelter Perspektivwechsel, einmal von den Konzepten zur politischen Praxis und dann vom kontaktsuchenden Widerstand fort zum angesprochenen Ausland und zu dessen ‚response‘ auf die ‚Challenge‘, die der Widerstand für das Ausland darstellte. Dabei trat in der Forschungsdiskussion wiederum jene schon erwähnte typische Dialektik auf:

Zum einen wurde die **These** entwickelt, das westliche Ausland habe die Bemühungen des Widerstandes, das Regime zu stürzen, durch Unverständnis und mangelnde Unterstützung scheitern lassen. Diese These stützt sich unter anderem auf die quellenmäßig faßbare Einschätzung des Widerstandes selbst: Chamberlain habe in München – so schrieb Goerdeler im Oktober 1938¹²⁾ – Hitler den Erfolg ermöglicht, habe Hitler gerettet. Diese These kommt einer umgekehrten Dolchstoß-Legende gleich: besagte sie doch nicht weniger, als daß der deutsche Widerstand am Ausland gescheitert sei.

Ihr wurde alsdann die Antithese entgegengestellt, der deutsche Widerstand sei außenpolitisch nicht am Ausland, sondern vielmehr an sich selbst gescheitert.¹³⁾ Er habe bei seinen außenpolitischen Aktivitäten nicht auf eine allgemeine Neuordnung Europas abgestellt, sondern auf Revisionsforderungen, die im westlichen Ausland den Eindruck erwecken mußten, es handele sich hier um die Neuauflage wilhelminischer Machtpolitik: ein deutsches Hegemonialstreben, das nicht nur von Hitler, sondern wie früher bereits auch jetzt wieder von den alten Machteliten vertreten wurde! Der Widerstand, eingebunden in die Denkkategorien bestimmter außenpolitischer Traditionen, habe das Ausland abgeschreckt; er sei somit außenpolitisch an sich selbst gescheitert.

Beiden Thesen gemeinsam ist eine Eigenart, die typisch ist für eine erste Phase des Zugriffs auf ein Thema: nämlich der implizite politisch-moralische Charakter dieser Deutungen. Beide Thesen beinhalten nämlich entsprechende Postulate: die eine, daß es ‚eigentlich‘ moralische Pflicht des Auslandes gewesen wäre, dem Widerstand in seinem Kampf gegen die NS-Diktatur beizustehen; die andere, daß der Widerstand sich völlig von revisionistischen Forderungen und deutschen außenpolitischen Traditionen hätte lösen müssen. Ein typischer Fall gut gemeinter, aber total

unnützer, weil sinnloser Forderungen an die Vergangenheit und an die in ihr Handelnden. Es kann nicht Aufgabe der Geschichtswissenschaft sein, festzustellen, was in der Vergangenheit eigentlich hätte geschehen sollen oder müssen – solche Art historischer Optativ mag vielleicht eher der politischen Bildung obliegen, mit Sicherheit aber nicht der Geschichtswissenschaft –; diese hat vielmehr die schwierige Aufgabe, zu klären, **was** geschehen ist, **warum** es geschehen ist, wie sich **erklärt**, was geschehen ist, und – soweit dies möglich ist – noch, **welche Folgen** das hatte, was geschehen ist.

Ein sinnvoller Forschungsansatz müßte also über derartige Postulate, wie sie in den genannten Thesen enthalten sind, hinausgelangen und versuchen zu einer Synthese zu gelangen. Dazu mag wiederum der **Wechsel der Perspektive** verhelfen. Statt in unhistorischer Weise zu fragen, was das Ausland oder der Widerstand „eigentlich“ hätte tun sollen, müßte eher gefragt werden, welche Wirkung etwa die Demarchen des Widerstandes auf das Ausland hatten und warum das Ausland so reagiert hat. Es müßte also nach der **Perzeption** der Widerstandsaktivitäten durch die ausländischen Ansprechpartner gefragt werden und damit auch nach dem Perzeptionsraster, das die Art und Weise bestimmte, mit der sie diese Aktivitäten und deren Inhalte aufnahmen und wahrnahmen. Damit werden Postulate historischer Wünschbarkeit dann rasch aus der Diskussion verschwinden.

Diese Sichtweise führt schließlich zu der Frage, welchen **Stellenwert** für die jeweiligen Ansprechpartner – die Briten bzw. die Amerikaner – der Widerstand hatte, und damit zu der Frage, welche Priorität das Deutschlandproblem für den jeweiligen Ansprechpartner tatsächlich besaß. So eröffnet sich eine weitere **Perspektive**, die **der internationalen Politik**; damit wird die historische Erscheinung ‚Widerstand‘ in das verschlungene Gewebe internationaler Machtpolitik eingebettet. Eine solche Bündelung verschiedener Perspektiven bietet einen Gesamtrahmen, in dem das Thema ‚Der Widerstand und das Ausland‘ auf der Basis unseres gegenwärtigen Kenntnisstandes angemessen behandelt werden kann, jenseits der Konfrontation von These und Antithese und abgehoben von jeglicher Art historischer Wünschbarkeiten.

Unsere weitere Betrachtung soll – entsprechend eines solchen **multiperspektivischen Ansatzes** und damit gleichsam in modern-historistischer Weise den geschichtlichen Gesamtzusammenhang deutlich machend – einigen wichtigen Phasen des Verhältnisses von Widerstand und Ausland im Kontext der internationalen Politik gewidmet sein.

Wenden wir uns zunächst der Phase bis zum Kriegsausbruch zu. In dieser Phase stellten die Sudetenkrise im Sommer 1938 und die deutsch-polnische Krise von 1939 Höhepunkte der internationalen Politik dar. Sie waren ebenfalls wichtige Marksteine in der Entwicklung des deutschen Widerstandes und seiner Aktivitäten. Wichtig für das Verständnis der britischen Haltung gegenüber den Demarchen des Widerstandes in dieser Zeit ist die Erkenntnis, daß für Großbritannien Deutschland keineswegs das einzige und anfangs nicht einmal das vordringlichste Problem darstellte, sondern nur **ein Faktor** in einer komplizierten Kombination vielfältiger Probleme war.¹⁴⁾ Der Ferne Osten, Indien, das Mittelmeer und der Nahe Osten, schließlich das Verhältnis zu den Dominien – all das stand auf der Tagesordnung britischer Sorgen. Beispielsweise standen 1938 und 1939 mehr britische Truppen in Palä-

stina, als für den Einsatz im Kriegsfall in Europa vorgesehen waren. Bis Mitte 1937 hatten die Dominien von Whitehall wiederholt und ohne Einschränkungen das Versprechen erhalten, im Fall einer japanischen Aggression die große, in heimischen Gewässern stationierte Schlachtflotte nach Ostasien zu senden. Angesichts der deutsch-italienischen Bedrohung in Europa wurde diese Verpflichtung erst verhältnismäßig spät relativiert. Die Verantwortlichen in London lebten ganz stark im Bewußtsein dieser Interdependenz zwischen Europa und Ostasien und der britischen Doppelbeanspruchung. So haben die für die britische Sicherheitspolitik unmittelbar Verantwortlichen wiederholt das Kabinett darauf hingewiesen, daß bei einem deutsch-britischen Konflikt in Europa die Japaner sehr wahrscheinlich der Versuchung nicht widerstehen könnten, die Gelegenheit in Fernost beim Schopfe zu packen. Noch im Sommer 1939 gestand der Außenminister seinen Kabinettskollegen, daß ihn Japan mehr als jedes andere weltpolitische Problem besorgt mache. Als im November 1937 Lord Halifax zu seiner bekannten Unterredung mit Hitler nach Berchtesgaden fuhr, stand er unter dem bestimmenden Eindruck, daß die britisch-italienischen Beziehungen auf einen Konflikt zusteuerten und seit einer geraumen Zeit die Japaner mit der Invasion des chinesischen Kernlandes begonnen hatten.

Diese wenigen Hinweise machen deutlich, daß – wie der bekannte britische Diplomatie-Historiker David Dilks es formulierte – seit 1933 die Verantwortlichen in Whitehall Hitler-Deutschland nicht als ein Problem ansahen, das für sich allein behandelt werden könnte.¹⁵⁾

Angesichts dieser vielfältigen Bedrohungen und der daraus resultierenden militärisch-politischen Beanspruchung war es nicht erstaunlich, daß die britische Lagebeurteilung in der einige Monate später ausbrechenden Sudetenkrise düster ausfiel.¹⁶⁾ Die britischen Botschafter in Prag und Berlin waren sich in ihren Berichten einig, daß die CSR nicht mit militärischen Mitteln gerettet werden könne. Man solle sie daher auch nicht durch eine Garantieerklärung unterstützen. Auch die obersten Militärs, die drei Stabchefs, erklärten, sie sähen keine Aussicht für eine erfolgreiche Verteidigung der CSR. Der britische Geheimdienst unterbreitete auf dem Höhepunkt der Krise dem Kabinett dann folgende Empfehlungen, die es auch annahm: auf Rußland dürfe man nicht rechnen, die Italiener müßte man sich durch Zugeständnisse vom Leibe halten, die Japaner müßten besänftigt (appeased) und die Sudetengebiete an Deutschland zurückgegeben werden.¹⁷⁾ Die Vertreter der Dominien in London waren geneigt, noch weiter zu gehen. Im übrigen hatte Großbritannien Rücksicht auf den französischen Partner zu nehmen, der – was die Dinge weiter komplizierte – mit der CSR durch einen Bündnisvertrag verbunden war.

Bei dieser Lage der Dinge war es klar, daß jene Abgesandten des deutschen Widerstandes – wie Goerdeler, Kleist oder die Kordt-Brüder –, die London zur Härte gegenüber Hitler rieten und eine britische Kriegserklärung oder mindestens Kriegsandrohung als Startsignal zum Staatsstreich herbeiführen wollten, keinerlei Chancen hatten, in Whitehall Gehör zu finden. Dilks resümiert zutreffend: Kleist, der mit den radikalsten Forderungen in London auftrat, habe dort keinen einzigen Gesprächspartner (einschließlich Winston Churchill) gefunden, der für eine entsprechende Drohung oder gar einen Präventivkrieg gegenüber Deutschland zu haben gewesen sei.¹⁸⁾ Kordts Vorschlag, die Briten sollten eine Rundfunkbotschaft an das deutsche Volk richten, quittierte der Staatssekretär im Foreign Office, Alexander Cadogan,

mit der Bemerkung, dies wäre verhängnisvoll und gefährlich. Mehr noch, er meinte, ein solcher Vorschlag mache den Überbringer in seinen Augen nur verdächtig.¹⁹⁾

Diese Bemerkung verweist auf das Problem der britischen Perzeption der Demarchen des Widerstandes.²⁰⁾ Auch dies ist in größerem Rahmen zu sehen. Die Botschaften, die London aus Kreisen der deutschen Opposition erhielt, waren nur ein Teil eines umfangreichen Informationsflusses, der vielfach auch sich widersprechende Nachrichten enthielt. Von den einen wurde Hitler z. B. als der kriegswütige Diktator dargestellt, von anderen als ein zwischen ‚Gemäßigten‘ und ‚Radikalen‘ eingeklemmter ‚Führer‘. Der NS-hörige Sudetenführer Henlein erzählte jedem Briten, den er traf, Hitler wolle Krieg. Weizsäcker hingegen hielt eher den Reichsaußenminister Ribbentrop für den Kriegstreiber.²¹⁾ Das machte es London schwer, ein klares Bild von den Kräften zu bekommen, die hinter solchen Aktivitäten standen; hinzu kam noch, daß die Vorschläge, die die Abgesandten des Widerstandes unterbreiteten, ebenfalls widersprüchlich waren. Die einen verlangten eine demonstrative öffentliche Geste gegen Hitlers Aggressionspolitik, die anderen – wie Weizsäcker – diskrete, wenngleich nachdrückliche Einwirkungen auf Hitler. Solche Widersprüche machten den Briten die Einsicht in die Sachlage schwer und schadeteten dem Widerstand, der als unklares, unkoordiniertes Kräftekonglomerat erschien.

Die Briten besaßen zudem **weder** einen einheitlichen Geheimdienst, eher eine Vielfalt oft einander Konkurrenz machender Dienststellen und Privatquellen, **noch** eine koordinierende und die einheitliche Auswertung aller Informationen besorgende Instanz.

Daher verlief auf britischer Seite der Meinungsbildungsprozeß im Foreign Office, unter den verschiedenen Geheimdiensten und auch im Kabinett durchaus kontrovers. Das wiederum verminderte für den Widerstand die Chancen, angemessenes Gehör zu finden.²²⁾

Alle diese Faktoren – die weltweiten Probleme, die daraus resultierenden Verpflichtungen, denen sich Großbritannien gegenüber sah; die Unmöglichkeit, der CSR militärisch zur Hilfe zu kommen; die Fülle widersprechender Informationen; das unklare Bild, das die deutsche Opposition in London bot; die institutionellen Defizite auf dem Gebiet der Sammlung und Auswertung von Informationen; die komplexe und teilweise kontroverse Meinungsbildung in Whitehall – vermitteln dem Betrachter eine Vorstellung von dem relativen Stellenwert, den die deutsche Opposition daher in der Optik Whitehalls besaß.

Auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise sandte Chamberlain, aufgeschreckt durch Hitlers offene Kriegsdrohung und unter dem Eindruck, es gehe dem Diktator um weiterreichende Aggressionsziele als nur um die Sudetengebiete, eine ernste Warnung nach Berlin: ein Angriff auf die CSR würde unvermeidlich zum Krieg mit Großbritannien führen.²³⁾ Das öffnete dann zusammen mit dem italienischen Kompromißvorschlag den Weg zur Konferenz von München.

Die Reaktion innerhalb der deutschen Opposition offenbarte ihre internen Divergenzen. „Chamberlain hat Hitler gerettet!“, so machte sich die Enttäuschung jener Widerstandskräfte Luft, die wie Gisevius, die Kordt-Brüder, Oster und wohl auch Goerdeler gehofft hatten, Hitler bei drohender britischer Kriegserklärung stürzen zu

können.²⁴⁾ Diejenigen aber, wie Weizsäcker und wohl auch Halder, deren primäres Anliegen nicht System-Sturz, sondern die Erhaltung des Friedens und die Verhinderung eines Krieges gewesen war, atmeten erleichtert auf. Hatten die Briten doch Weizsäckers Ratschlag befolgt, Festigkeit und zugleich Entgegenkommen zu zeigen.²⁵⁾ Dies jedoch verweist auf ein weiteres wichtiges Moment, das sich schon beim Ausgang der Sudetenkrise zeigte. Die Opposition hatte nur insoweit eine Chance, wie ihre Ziele mit denen der Briten übereinstimmten.

Die Anti-Kriegs-Partei um Weizsäcker und Halder sah die britische Politik am Ende doch noch mit ihrer eigenen Politik konvergieren. War doch ihr Ziel die Friedenserhaltung, nicht jedoch primär der Umsturz und die Beseitigung des Regimes. Das Interesse der Briten war ebenfalls auf Friedenserhaltung, auf friedliche Problemlösung gerichtet. Die innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland waren ihnen im Prinzip gleichgültig. Sie interessierten sie nur unter dem Aspekt ihrer Auswirkungen auf die internationalen Machtverhältnisse. Hier wird ganz deutlich, der Widerstand hatte nur in dem Maße eine Aussicht auf direkte oder indirekte Unterstützung durch das Ausland wie seine Ziele mit denen der jeweils angesprochenen fremden Macht identisch waren oder in deren Interessendefinition hineinpaßten. Das war 1938 wohl bei der Anti-Kriegs-Partei der deutschen Opposition der Fall, nicht aber bei der Staatsstreichgruppe.²⁶⁾ Daher war diese schon 1938 chancenlos, und das sollte fortan auch so bleiben.

Dies zeigte sich erneut im Winter 1938/39, als der polnisch-deutsche Konflikt sich zuspitzte. Goerdeler hat damals für den Fall einer ermutigenden Botschaft der britischen Regierung einen Armeeputsch für Dezember in Aussicht gestellt und ein umfassendes außenpolitisches Programm zur Lösung der deutsch-polnischen Krise und anderer umstrittener Fragen vorgelegt, in dem u.a. der polnische Korridor, Kolonien in Übersee und ein zinsfreier Millionenkredit zur Sanierung der durch die Aufrüstungskosten außer Balance geratenen deutschen Wirtschaft gefordert wurden.²⁷⁾

Im Foreign Office sah man in diesem Programm eine repräsentative Zusammenfassung der außenpolitischen Grundvorstellungen der deutschen Opposition. Es wurde daher eingehend analysiert, kommentiert, dem Premierminister vorgetragen und von diesem schließlich verworfen.²⁸⁾ Die Gründe dafür waren aufschlußreich: Zunächst: die Realisierungschancen wurden schlichtweg als nicht gegeben angesehen.

Sodann erkannte man darin keinerlei Vorteile für Großbritannien: „Wir sollen“ – so lautete eine Stellungnahme – „doch nur die gute Ware liefern, die Deutschen aber bezahlen nur mit wertlosen Schuldverschreibungen!“

Vor allem aber hatte man in London den Eindruck, daß die britische Politik für die innerpolitischen Zwecke der Opposition eingespannt werden sollte: „...he may want something“ – so schrieb Cadogan – „merely to show his fellow-conspirators that we shan't fall upon a divided Germany...“ Aber so schloß er: „These people must do their own job.“²⁹⁾

Der stellvertretende Unterstaatssekretär Strang war noch schärfer: Derartige Angebote habe man schon genug gesehen. Sie seien alle nach derselben Art Erpressungsmuster konstruiert: **entweder** Sorge Großbritannien für weiterreichende terri-

toriale, ökonomische und finanzielle Konzessionen; in diesem Fall würde ein von Nazi-Extremisten gereinigtes Deutschland zu einem allgemeinen Übereinkommen bereit sein; **oder** aber Hitler würde einen großen Krieg beginnen. Als Gegenleistung jedoch offerierte die deutsche Opposition nur leere Versprechungen.

Schließlich: im Foreign Office glaubte man nicht, daß die Gefahr einer Destabilisierung Mittel- und Mitteleuropas schwinden würde, wenn die hinter diesen Vorschlägen stehenden Kräfte an die Macht kämen. Ein Eingehen auf solche Vorschläge würde nach Meinung Vansittarts, die von seinen Kollegen im Foreign Office geteilt wurde, schlicht Selbstmord bedeuten. Goerdeler sei „merely a stalking horse for German military expansion and by military expansion I mean the expansionist ideas of the German Army as contrasted with those of the Nazi party... the same sort of ambitions are sponsored by a different body of men, and that is about all“.³⁰⁾ Auch Cadogan meinte, das Programm Goerdelers könne unmöglich akzeptiert werden, „denn es ähnelt dem Hitlers zu sehr“!³¹⁾

Der Premierminister entschied daher, man solle nicht auf diese Vorschläge eingehen: „... any message to be of any use to Dr. G. and to make the difference between success and failure must expose us to danger from which we might not recover.“³²⁾ Das Risiko, bei einem Fehlschlag als Komplizen eines Staatsstreiches gegen die Regierung einer fremden Macht dazustehen, war den Briten einfach zu groß.

Fortan stieß die deutsche Opposition immer wieder bei ihren Kontaktversuchen auf die hier formulierten Einwände und Vorbehalte: **erstens** war Großbritannien nicht bereit, sich für die Zwecke eines internen Machtkampfes in Deutschland einzspannen zu lassen. Hier lag das grundsätzliche Dilemma des Widerstandes: Die deutsche Opposition sah eine britische Unterstützung als Voraussetzung für einen Machtwechsel in Deutschland an, die Briten hingegen sahen im Machtwechsel überhaupt erst die erforderliche Voraussetzung für die Geschäftsfähigkeit dieser Opposition. Dahinter standen zwei unterschiedliche Auffassungen von ‚Außenpolitik‘: Für die deutsche Opposition war – wie Klemperer in feinsinniger Analyse aufgezeigt hat³³⁾ – Außenpolitik, in diesem Falle also die konspirativen Kontakte mit einer fremden Macht, ein Mittel, um ein innenpolitisches Ziel, den Regimewechsel, zu erreichen. Für die Briten dagegen, wie für jeden ‚normalen‘ Staat, war Außenpolitik ein Institut zur Erreichung und Gewährleistung der **eigenen** Interessen. An dieser Maxime wurde daher auch die Opposition eines anderen Staates gemessen. Der grundlegende Irrtum des Widerstandes lag darin, anzunehmen, die Interessen der Westmächte seien mit denen des Widerstandes im Grunde identisch. Genau das war in britischer Sicht nicht der Fall.

Und zweitens: die deutsche Opposition sah ihre Zielsetzungen in außenpolitischer Hinsicht – also die umfassende Revision von Versailles, ergänzt durch Teile der zerfallenen Donaumonarchie – als legitime und vernünftige Aspirationen einer deutschen Großmacht, die sich von den ausschweifenden Eroberungsplänen Hitlers substantiell unterschieden.³⁴⁾ Genau das war in den Augen der Briten nicht der Fall. Für die Briten lag der Unterschied höchstens in der Methode, nicht aber in der Zielsetzung. Hitler und die konservative Opposition waren für London nur zwei verschiedene Erscheinungsformen desselben deutschen Problems, des deutschen Strebens nach der Vormachtstellung in Europa. Daß man in Whitehall nicht den Un-

Unterschied zwischen Hitlers außenpolitischem Konzept und dem der deutschen Opposition sah, lag einmal daran, daß Hitler damals noch nicht an die Realisierung seiner Osteroberungsideen gegangen war; er befand sich dem Anschein nach noch in seiner revisionistischen Phase; zum anderen lag es an einer spezifischen Perzeptionsweise der Briten, die stark historisch bedingt war: sie sahen in der Opposition nur dieselben Machteliten am Werk, die im Ersten Weltkrieg schon einmal den Griff nach der Vormachtstellung in Europa versucht hatten.

Vor allem aber war – im Gegensatz zu der Annahme der Opposition – bereits die angestrebte Revisions-Politik für die Briten unannehmbar, wenn sie zu einer deutschen Hegemonialposition geführt hätte.

Ein weiteres Moment kam wohl noch hinzu, das London zu dieser so eindeutigen Ablehnung der Vorschläge Goerdelers veranlaßt haben mag, nämlich Erwägungen bezüglich der ‚Großen Politik‘. Die Sowjetunion würde nur von einem Krieg zwischen Deutschland und Großbritannien profitieren – so fürchtete man in Whitehall.³⁵⁾ Sodann hatte die am 6. Dezember 1938 unterzeichnete deutsch-französische Erklärung zur friedlichen Zusammenarbeit in London die Besorgnis ausgelöst, Deutschland versuche, seine Ziele in Mittel-Ost-Europa auf der Grundlage einer Verständigung mit Frankreich anzustreben und Großbritannien von der Entwicklung auf dem Kontinent auszuschließen.³⁶⁾

Neben den spezifischen Vorbehalten, welche die Briten der deutschen Opposition überhaupt entgegenbrachten, waren es also wiederum Entwicklungen auf der Ebene der internationalen Politik, die hier – wie auch späterhin immer wieder – der Sache der Opposition im Ausland entgegenwirkten.

Aus diesen Erfahrungen und Einsichten zogen die Briten im Winter 1939/40 den Schluß, bei zunehmenden internationalen Spannungen einerseits wieder das Münchener Rezept anzuwenden, also eher Rom und nicht die deutsche Opposition ins Crisis-Management einzuspannen, andererseits die Appeasement-Politik mit ihren beiden Polen der Festigkeit und des Entgegenkommens fortzusetzen, jetzt vielleicht mit etwas mehr Nachdruck auf Festigkeit. Dafür mußte das Instrumentarium verbessert werden. So entschloß sich Großbritannien damals, eine Armee für den Einsatz auf dem Kontinent aufzustellen, eine Solidaritätserklärung für Frankreich abzugeben, einen deutschen Angriff auf Belgien und die Niederlande zum casus belli zu erklären sowie schließlich die bekannte Garantie für Polen abzugeben. Diese Mischung aus neuer Festigkeit und andauernder Bereitschaft zum Entgegenkommen formulierte Chamberlain in einem Privatbrief so: „Wir sollten Deutschland davon zu überzeugen suchen, daß seine Aussichten, einen Krieg zu gewinnen, ohne total erschöpft aus ihm hervorzugehen, allzu gering sind, um das Unternehmen noch sinnvoll erscheinen zu lassen. Aber die notwendige Ergänzung dazu muß sein, den Deutschen eine Chance zu geben, von uns und anderen fair und vernünftig behandelt zu werden, wenn sie nur von dem Gedanken Abstand nehmen, ihren Willen mit Gewalt durchzusetzen.“³⁷⁾

Wie immer man diese Politik am Ende bewerten mag, eines ist klar: die deutsche Opposition war darin kein Faktor.

III.

Der Kriegsausbruch veränderte die Rahmenbedingungen für den deutschen Widerstand grundlegend. Aber auch für die britische Regierung vereinfachte sich die Situation keineswegs.

Der Hitler-Stalin-Pakt hatte eine neue, schwer zu berechnende Größe ins internationale Mächtespiel hineingebracht. Vor allem aber mußte London Rücksicht auf den französischen Bündnispartner nehmen. In Paris wurde man schon unruhig, als die britische Kriegspropaganda einen Unterschied zwischen Deutschen und Nazis machte. Die Franzosen fürchteten, daß die Briten bereits im Falle eines bloßen Regierungswechsels in Berlin auf Kosten französischer Sicherheitsinteressen einlenken würden. London antwortete auf die in einem Aide-Mémoire vom Oktober 1939 dargelegten französischen Besorgnisse mit dem Hinweis auf die Rede des Premierministers vom 20. September 1939, in der es hieß: „Es ist unsere allgemeine Absicht in diesem Kriege, ... Europa von der beständigen und wiederkehrenden Sorge vor deutscher Aggression zu befreien und die Völker Europas instanzzusetzen, ihre Unabhängigkeit und ihre Freiheiten zu bewahren.“³⁸⁾

Hier zeigt sich bereits, was im Laufe des Krieges bestimmendes Element der britischen Politik gegenüber dem deutschen Widerstand wurde: London war nie bereit, seine Allianz zuerst mit Frankreich, später mit der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten durch irgendwelche Geheimgespräche oder gar Absprachen mit dem deutschen Widerstand zu gefährden.

Das schloß nicht aus, daß – im Gegensatz zu dem zunehmend skeptischeren Foreign Office – einzelne Kabinettsmitglieder, darunter auch der Außenminister und wohl gar der Premier selbst, noch eine gewisse Zeit die Möglichkeit nicht ausschließen wollten, es könne der Krieg unter Umständen durch einen Umsturz in Deutschland abgekürzt werden.³⁹⁾ Bekanntlich sind die geheimen Fühlungen über den Vatikan, bei denen sich der Papst in bemerkenswerter Weise exponierte, in London mit erheblichem Interesse aufgenommen worden. Das gilt auch für etliche andere geheime Kontakte, sowohl aus Oppositionskreisen (Hassell) als auch von Persönlichkeiten, die Göring nahestanden.⁴⁰⁾ Als jedoch in Deutschland nichts geschah, als die in den verschiedenen Geheimkontakten – wenn auch vage – in Aussicht gestellten entscheidenden Veränderungen nicht erfolgten, da breitete sich auch im Kabinett Ermüchterung und Skepsis aus. Man traute den oppositionellen Kräften in Deutschland nicht mehr zu, dort einen Umschwung zustande zu bringen.

Diese zunehmend negative Beurteilung verfestigte sich um so mehr, als London zeitweilig die Aktionsmöglichkeiten und den Einfluß der deutschen Generalität auf die deutsche Politik sehr hoch eingeschätzt hatte: „Selbst Hitler kann nicht ohne vollständige Zustimmung seiner Generäle Krieg machen“ – hieß es noch in einer Aufzeichnung Ende September 1939, die allerdings mit der Einschränkung versehen wurde: „Der Grad des Einflusses, den sie (d.h. die Generäle) letzten Endes wirklich auf Hitler ausüben können, ist schwierig abzuschätzen.“⁴⁰⁾

Eine spätere Zusammenstellung und Analyse der in der ersten Phase des Krieges erfolgten Geheimkontakte, die im Foreign Office angefertigt wurde, stellte daher auch fest: „Diese Herren haben nie irgendeine detaillierte Diskussionsgrundlage

vorgeschlagen und nie irgendeinen Beweis geliefert für ihre Fähigkeit ... den versprochenen Umschwung in Deutschland herbeizuführen; zugleich gaben sie keinen Beweis, daß sie vertrauenswürdiger sind als die alte Regierung.“⁴²⁾

Es ist sicher nicht falsch, wenn Lothar Kettenacker, einer der besten Kenner der Materie, zu dem Schluß kommt, nichts habe dem Widerstand in London mehr geschadet, als die Tatsache, daß er 1939/40 nicht zur Tat geschritten sei.⁴³⁾ Aber diese gewiß zutreffende Feststellung ist zu relativieren – ganz abgesehen von der Frage, ob damals überhaupt ein Staatsstreich irgendwelche Erfolgchancen gehabt hätte.

Zur negativen Einschätzung der Opposition in Großbritannien hat nämlich ebenfalls beigetragen, daß die Briten sie nicht klar von anderen Kräften unterscheiden konnten, die damals ebenfalls, wenngleich aus unterschiedlichen Gründen Kontakt mit London suchten. Die Vielzahl der geheimen ‚Friedensfühler‘ verwirrte die Briten. Es war für sie schwer festzustellen, was geheimdienstliche Desinformationsbemühungen, was semi-offizielle Fühlungen und was echte Widerstandskontakte waren. So findet man in der erwähnten Zusammenstellung des Foreign Office unter anderem Kontaktversuche, die mit Wissen oder im Auftrage Görings (Dahlerus und Baron Bonde) erfolgten, sowie Fühlungen v. Papens (Türkei, Oktober 1939) unterschiedslos aufgeführt mit denen der deutschen Opposition.

Aktionen wie die des SD in Venlo, wo die SS zwei britische Geheimdienst-Offiziere unter dem Vorwand, es ginge um ein Treffen mit deutschen Widerstandsvertretern, kidnapten, haben das britische Mißtrauen nur noch bestärkt. Weiterhin: daß in den Vorschlägen einiger deutscher Oppositioneller vor wie nach Kriegsausbruch Göring als mögliche Alternative zu Hitler erwähnt wurde und daß die territorialen Vorschläge expansiven Charakter trugen, hat in Whitehall jene Denkschule bestärkt, die meinte, daß die Kräfte, welche einen Umsturz in Aussicht stellten, nicht weniger problematisch seien als das Hitler-Regime selbst.

Ein hoher Beamter des Foreign Office faßte diese Auffassung in die Worte: „Ohne Hitler mag Deutschland vielleicht weniger böse sein, aber wohl nicht zwangsläufig weniger gefährlich. Solange seine militärische Macht nicht gebrochen ist, wird der Friede wohl nichts anderes sein können als nur eine kurze und ungemütliche Atempause.“⁴⁴⁾ Und Robert Vansittart resümierte seinerseits diese Ansicht: „Es ist eine Illusion zu glauben, wir kämpfen nur gegen Hitler. Wir kämpfen gegen den Alten Adam ... plus Hitlerismus! Wir kämpfen gegen die deutsche Armee und gegen das deutsche Volk, auf dem diese Armee beruht.“⁴⁵⁾

Diese machtpolitisch orientierte Auffassung hatte sich bereits vor dem Krieg im Meinungsbildungsprozeß in London abzuzeichnen begonnen. Nunmehr setzte sie sich endgültig durch. Damit war eine Zielsetzung formuliert, die dem deutschen Widerstand im Prinzip keine Chance mehr zu einem Arrangement mit den Briten auf der Basis der Erhaltung eines deutschen Großmachtstatus ließ.

Es waren also nicht bloß Irritationen, die durch Geheimdienstspannen wie jenem bekannten Zwischenfall von Venlo hervorgerufen wurden, die im ersten Kriegshalbjahr eventuelle Illusionen in London auf einen möglichen Kompromiß zerstörten und jedes Interesse an den Kräften schwinden ließ, welche eine baldige innerpolitische Veränderung in Deutschland verhißen. Vielmehr war es ein ganzes Ursachenbün-

del, das zwischen Polenfeldzug und Westoffensive der deutschen Opposition praktisch jegliche Aussicht auf ein Arrangement mit den Briten nahm:

Zunächst ist hier die bedachte Rücksichtnahme der Briten auf den französischen Bündnispartner zu nennen. Sodann die perspektivische Verengung des britischen Deutschlandbildes, in dem nicht präzise zwischen Regimegegnern, deren Ziel der Umsturz war, und Würdenträgern des Regimes, die lediglich eine andere Politik befürworteten, unterschieden wurde.⁴⁶⁾ Dies führte dazu, daß die in britischer Optik reichlich vage und unklar bleibenden außenpolitischen Vorstellungen der Opposition unter machtpolitischem Aspekt als mindestens ebenso problematisch erschienen wie die des Regimes. Und schließlich war es die Tatsache, daß der deutsche Widerstand nicht zur Tat schritt – also in den Augen der Briten die Minimalvoraussetzung für ein Arrangement nicht erbrachte. Am Ende führte dies dazu, daß die Briten schon vor Churchills Regierungsantritt das Interesse an den ‚German dissidents‘ verloren.⁴⁷⁾

Der Permanent Under-Secretary of State Alexander Cadogan schrieb in diesem Sinne damals: „Zweifellos gibt es in Deutschland prominente Militärkreise, die einem Kompromißfrieden nicht abgeneigt wären, wenn sie nicht bald einen vollständigen Sieg erringen können, aber wir haben keine Indizien dafür, daß sie 1) fähig oder vorbereitet wären, sich Hitlers zu entledigen, noch 2) daß sie auf lange Sicht viel besser als die gegenwärtig in Deutschland regierende Bande wären.“⁴⁸⁾

Mit Beginn der deutschen Westoffensive am 10. Mai 1940 war dann für London endgültig klar, daß es in Deutschland keine vertrauenswürdigen und realpolitisch akzeptablen Gesprächs- und Verhandlungspartner mehr gebe. Die bewußt von Beck über Dr. Müller via Vatikan und zuvor schon von Oster über die Niederländer den Alliierten mitgeteilten deutschen Angriffsabsichten und -termine hatten keineswegs den moralischen Effekt, der damit beabsichtigt war, nämlich der Opposition den Kredit in London zu erhalten.⁴⁹⁾ Sie besaß ihn schon nicht mehr.

Das wurde erkennbar, als im Herbst 1940, auf dem Höhepunkt der Luftschlacht um England der einstige Reichskanzler Wirth und der frühere Reichswehrminister Geßler aus der Schweiz ihre früheren Kontakte zu Vansittart belebten. Sie berichteten von unzufriedenen Gruppen in der militärischen Führung, die, wenn die Luftschlacht mit einem Fehlschlag endete, zu Verhandlungen bereit seien. Dabei würden die Zustimmung zu einer deutschen Kontrolle der französischen Kanalhäfen und freie Hand für Deutschland im Osten als Verhandlungsgrundlage betrachtet. Die Antwort der Briten mußte unter diesen Umständen negativ sein. Den britischen Kontaktmännern von Wirth und Geßler in der Schweiz wurde knapp und deutlich mitgeteilt, die Erfahrung zeige, daß derartige selbst-ernannte Abgesandte des Generalstabes nicht vertrauenswürdig seien. Ihre Botschaften sollten daher und wegen der offenkundig bestehenden Gefahr der Kompromittierung der britischen Seite ignoriert werden. Leute wie Wirth und andere Kontaktpersonen des Generalstabes hätten bisher immer versäumt, ‚die versprochene Ware zu liefern‘.⁵⁰⁾

Im Frühjahr 1941 signalisierte ein Kontaktmann Görings, der schwedische Baron Bonde, dem britischen Gesandten in Bern Görings Bereitschaft zu Gesprächen, wenn die Briten den ersten Schritt täten. Aus einer französischen Quelle kamen ähnliche Informationen. Nunmehr fällt die Regierung eine Grundsatzentscheidung, die

gen mit einer deutschen Opposition erteilt. Kontaktversuche, von wem sie auch immer kommen mochten, wurden künftig nur noch unter dem Gesichtspunkt ihres Wertes für die alliierte Kriegführung gesehen. Das blieb der dominierende Aspekt. Konkret hieß dies, daß die Briten an Kontakten mit ‚German dissidents‘ nur noch unter dem Gesichtspunkt interessiert waren, Informationen zu gewinnen oder andere Vorteile für ihre Kriegführung zu erlangen. Auf die Bonhoeffer-Kontaktversuche via Bischof Bell und Vissert’ Hooft im Frühjahr 1942 reagierte z.B. das Foreign Office nur mit dem Hinweis, es sei ganz interessant zu erfahren, was solche Gruppen wohl ausrichten könnten, aber „wir werden nicht verhandeln!“ Niederlage und Entwaffnung seien die einzig denkbare Antwort.⁶¹⁾

Und als ein Memorandum Adam v. Trott zu Solz etwa um dieselbe Zeit nach London gelangte, da interessierte die Briten daran einerseits nur, daß die ‚dissidents‘ nunmehr wohl zur Ermordung Hitlers bereit seien, andererseits aber äußerten sie den Verdacht, diese Männer würden vom deutschen Generalstab wohl nur zur Einleitung von Friedensführlern mißbraucht.⁶²⁾

Es wurden sogar Stimmen laut, man solle die oppositionellen Gruppen in Deutschland im Rahmen der politischen Kriegführung so irreführen, daß es den britischen Kriegsanstrengungen nützte.⁶³⁾ In diesem Kontext muß wohl auch die Rede Außenminister Edens gesehen werden, der am 8. Mai 1942 in Edinburgh sagte: „Je länger das deutsche Volk fortfährt, ein Regime zu unterstützen und zu tolerieren, daß es in den Abgrund führt, desto schwerer wird seine eigene Verantwortung für die Schäden, die sie in der Welt anrichten. Sollte daher ein Teil des deutschen Volkes wirklich eine Rückkehr zu einem deutschen Staatswesen wünschen, das auf dem Respekt vor dem Recht und den Rechten des Einzelmenschen gegründet ist, so muß es einsehen, daß niemand ihnen Glauben schenken wird, solange sie nicht aktive Schritte unternommen haben, sich von dem gegenwärtigen Regime zu befreien.“⁶⁴⁾

Das war keineswegs ein verhüllter Hinweis, daß die Alliierten ihnen entgegenkommen würden, sondern eher eine Aufforderung, die nötigen Vorleistungen zu erbringen, um den Krieg zu beenden und überhaupt als Verhandlungspartner in Erwägung gezogen zu werden.

Zur Verhärtung der britischen und der amerikanischen Position trug in besonderem Maße bei, daß die west-östliche Kriegscoalition lange Zeit noch als ungefestigt galt. In London hatte man noch bis ins Jahr 1944 hinein die Sorge, daß die als stark angesehene amerika-deutsche Lobby in den USA ihren Einfluß auf Regierung und öffentliche Meinung zugunsten eines „sanften“ Friedens mit Deutschland geltend machen könnte.⁶⁵⁾

Bezüglich der Sowjetunion lagen die Dinge noch schwieriger. Im Grunde war die Allianz mit Moskau bis Ende 1944 (Konferenzen von Moskau und Teheran) immer noch ein ‚brüchiges Bündnis‘.⁶⁶⁾ Das war bei den britisch-sowjetischen Verhandlungen im Dezember 1941 in Moskau bereits zutage getreten. Stalin wollte mindestens seinen Besitzstand in Osteuropa von 1939 auch für die Nachkriegszeit erhalten. Die Briten dagegen meinten (nicht zuletzt mit Rücksicht auf die Polen), Ziel des Krieges und jeder Art Friedensregelung müsse es sein, künftige deutsche Aggressionen ein für allemal unmöglich zu machen. Nichts konnte über den tiefgreifenden Dissens in der Kriegszielfrage zwischen Ost und West hinwegtäuschen. Stalin hat dies mehr

proklamiert.⁵⁵⁾ Dieser aber wurde verkörpert von den traditionellen Führungseliten, vor allem in der Armee; das aber waren genau die Führungsgruppen, die auch über die Machtmittel für einen Staatsstreich verfügten. Mit solchen Kriegszielen hatten sich die Briten – lange bevor ihr politisch-diplomatischer Handlungsspielraum durch das Bündnis mit den USA und der UdSSR eingeschränkt war⁵⁶⁾ – auf eine Politik festgelegt, die dem Widerstand keinen Ansatzpunkt mehr bot für ein außenpolitisches Arrangement oder auch nur für die außenpolitische Absicherung eines Staatsreiches.

Als dann durch Hitlers Überfall auf die Sowjetunion Großbritannien wieder einen Verbündeten hatte und als nach dem angelsächsischen Gipfeltreffen auf der Atlantik-Konferenz auch eine britisch-amerikanische Prinzipienvereinbarung getroffen worden war, da war nach der bereits längst vollzogenen Selbstfestlegung der Briten nun auch ihr diplomatisch-politischer Handlungsspielraum ganz konkret begrenzt. Die Rücksichtnahme auf den sowjetischen Verbündeten und auf die USA (noch vor deren Kriegsantritt) bestimmte fortan die britische Politik gegenüber dem deutschen Widerstand. Als z.B. das Foreign Office einmal vorsichtig darauf hinwies, man könne doch über Neutrale erfolgende deutsche Kontaktführer als Informationsquellen über die Verhältnisse und Tendenzen in Deutschland benutzen, hat Churchill dies kategorisch mit dem Hinweis auf die USA und Sowjetrußland abgelehnt:

„... wir sollten nicht von unserer Politik des absoluten Schweigens abgehen! Nichts würde unsere Freunde in den Vereinigten Staaten mehr beunruhigen und gefährlicher für unser Verhältnis zu unserem neuen Alliierten, Rußland, sein als die Vorstellung, wir unterhielten derartige Kontakte.“⁵⁷⁾

Schärfer konnte die Allianz-Gebundenheit der britischen Politik gegenüber dem deutschen Widerstand nicht formuliert werden. Damit waren die britischen Prioritäten klar umrissen. Die Erhaltung und Stärkung der Anti-Hitler-Allianz hatte die höchste Priorität in der britischen Kriegspolitik. Das blieb dann für die Zukunft auch so. Im Herbst 1940 hatte einer der höchsten Beamten des Foreign Office schon geschrieben: „... unsere Zukunft liegt jetzt in der größtmöglichen Entwicklung unserer Beziehungen zu den USA ...“⁵⁸⁾

Im Dezember 1941, einige Tage nach Pearl Harbor und kurz nach dem Abbruch der deutschen Offensive vor Moskau, wies Churchill in einem Grundsatzpapier darauf hin, daß man nicht auf einen inneren Zusammenbruch oder Umschwung in Deutschland rechnen sollte, „... unsere Pläne müssen von der Annahme ausgehen, daß der Widerstand der deutschen Streitkräfte andauern . . . und nur ein militärischer Sieg das Ende bringen“ werde.⁵⁹⁾ Mitte 1942 bekräftigte er diesen Standpunkt nochmals: „Wir haben keinen Grund, auf einen Zusammenbruch der deutschen Militärmacht auf dem Kontinent zu rechnen.“ Und er fügte hinzu: „Im Fall eines Umsturzes des Nazi-Regimes ist es fast sicher, daß die Macht auf die Führer der deutschen Armee übergehen wird, und die werden keineswegs bereit sein, die Bedingungen anzunehmen, welche Großbritannien und die USA zur Gewährleistung der künftigen Sicherheit der Welt für wesentlich halten.“⁶⁰⁾

Damit war schon frühzeitig noch vor Verkündung der Casablanca-Formel der Grundsatz der vollkommenen Zerschlagung des deutschen Machtpotentials formuliert; damit war aber auch eine grundsätzliche Absage an ernsthafte Verhandlungen

praktisch das „Aus“ für die Auslandskontakte des Widerstandes bedeutete: sie wies alle diplomatischen Vertretungen an, bei denen schon einmal irgendwelche Friedensfühler von deutscher Seite registriert worden waren, fortan gegenüber allen derartigen Demarchen absolutes Schweigen zu bewahren: „Our attitude towards all such enquiries and suggestions should be henceforward absolute silence!“ (Anweisung vom 20.1.1941).⁵¹⁾

Auf den ersten Blick gesehen, scheint die britische Haltung paradox: zu keinem Zeitpunkt hatte – wie Lothar Kettenacker dazu zutreffend bemerkte⁵²⁾ – Großbritannien größeren diplomatischen Handlungsspielraum: die Invasionsgefahr war gebannt, das Bündnis mit Frankreich war zerbrochen, das mit der Sowjetunion noch nicht geschlossen. Die USA waren noch nicht in den Krieg getreten. Daß Churchill dennoch diese Politik der ‚absolute silence‘ gegenüber allen Kontakten von deutscher Seite anordnete, zeigt, daß die Briten praktisch schon ein Jahr vor der offiziellen Verkündung der Casablanca-Formel der bedingungslosen Kapitulation bereits die darin ausgedrückte Haltung einnahmen: keine Verhandlungen, Kriegführung bis zum Sieg. Warum diese starre Haltung? Es gab dafür mehrere Gründe. Zunächst mußte Großbritannien jeglichen Anschein vermeiden, kriegsmüde zu sein. Vor allem in den USA wäre ein solcher Eindruck verheerend gewesen. Sodann – das beweisen zahlreiche Dokumente – hatte man in London kein Vertrauen mehr in die deutsche Opposition, man traute ihr keinen Umsturzversuch mehr zu. Schließlich mag zu dieser Haltung beigetragen haben, daß die außenpolitischen Vorschläge und Forderungen, wie sie von einigen Emissären gelegentlich vorgebracht wurden, mit den deutschen Siegen sich schrittweise ausgeweitet hatten: Zunächst waren die Grenzen von 1938, dann jene von 1939 und im Mai 1941 jene von 1914 verlangt, von Wirth und Geßler sogar darüber hinausgehende, an das expansionistische September-Programm Bethmann-Hollwegs von 1914 erinnernde Forderungen gestellt worden.⁵³⁾

So verfestigte sich die britische Entschlossenheit, ein für allemal die als Gefahr betrachtete **deutsche Machtposition überhaupt** zu zerschlagen und sich nicht – wie einst Wilson mit seinen 14 Punkten – zuvor festzulegen. Man müsse den Krieg bis zum Sieg durchfechten. Während das außenpolitische Denken des deutschen Widerstandes – nicht unbeeindruckt von den Erfolgen deutscher Waffen – noch um die Frage kreiste, welches Ausmaß deutscher Machtausdehnung und welche Art deutscher Ordnungsfunktion in Mittel- und Mittel-Ost-Europa noch im Konsens mit den Briten erreicht werden könne,⁵⁴⁾ hatte man sich in London bereits die Zerschlagung der deutschen Machtposition überhaupt zum Ziel gesetzt.

Die britische Nachkriegsplanung von 1941 entsprach dieser Zielsetzung: eine Allianz mit einem auf Kosten Deutschlands weit nach Westen verschobenen Polen und mit der CSR, die beide in einer Konföderation mit antideutscher und antisowjetischer Spitze zusammengefaßt werden sollten. Nach Kriegseintritt der UdSSR schwenkte London dann auf die Linie einer britisch-sowjetischen Kooperation in Europa um (s.u.).

So trat zum Kriegsziel der Entnazifizierung das der Entmilitarisierung und der Zerschlagung „Preußens“. In diesem Sinne haben Churchill und andere britische Politiker die Beseitigung des preußischen Militarismus immer wieder als Hauptkriegsziel

als einmal beklagt und eine Klärung der beiderseitigen Vorstellungen über die Nachkriegsplanung angemahnt. Die Roosevelt'sche Unconditional-Surrender-Formel vom Januar 1943 hatte in diesem Zusammenhang daher auch die Funktion, einen Minimalkonsens über die unmittelbaren Kriegsziele herzustellen. Erst auf den Konferenzen von Moskau und Teheran Ende 1943 ließ sich eine Annäherung über weitreichende Kriegsziele erreichen.

Bis dahin kam es allerdings noch zu starken Irritationen unter den Verbündeten, oder – wie es einmal formuliert worden ist – zu der „intragantesten Phase sowjetischer Kriegsdiplomatie“. ⁶⁷⁾ Das ganze Jahr 1942 hindurch bis zum Herbst 1943 hin gab es Meldungen oder Gerüchte, die in den westlichen Hauptstädten den Verdacht einer sowjetischen Doppelstrategie aufkommen ließen. Auch die japanische Diplomatie hatte damals – natürlich nicht ganz uneigennützig – mehrfach eindeutige Angebote gemacht, zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu vermitteln. Sollte Stalin etwa geneigt sein, die Seite zu wechseln und nochmals ein Geschäft mit Hitler zu machen?

Hatte der deutsche Diktator ihm doch schon 1939 offeriert, was die Westmächte bis jetzt nicht zu bieten bereit waren: die Grenzen von 1939 oder gar 1914, also die Herrschaft über ganz Osteuropa?

Was immer auch hinter diesen Meldungen gestanden haben mag – bis heute sehen wir noch nicht ganz klar, da die sowjetischen Archive immer noch nicht der Forschung zugänglich sind ⁶⁸⁾ – eines ist jedoch deutlich erkennbar: aus der Sicht der Westmächte waren das ernste Gefahrensignale.

In ein akutes Stadium trat diese Problematik dann Mitte 1943. Roosevelt hatte Anfang Juni 1943 dem sowjetischen Diktator mitteilen müssen, die seit langem versprochene Zweite Front in Europa sei im Jahr 1943 nicht mehr möglich. Stalin machte daraufhin ganz deutlich, daß dies schwere Zweifel an der Aufrichtigkeit und Bündnistreue bei ihm aufkommen ließe. Verbittert und nicht ohne drohenden Unterton schrieb er damals an Churchill, es sei klar, daß sich die Sowjetregierung mit einer solchen Mißachtung der lebenswichtigen Interessen der Sowjetunion im Kampf gegen den gemeinsamen Feind nicht abfinden könne. ⁶⁹⁾ Als dann im selben Monat wiederum neue Kontakte zwischen Sowjets und Deutschen aus Stockholm gemeldet wurden und als die Sowjets einen Monat später die Gründung des National-Komitees Freies Deutschland bekanntgaben, der Mitte September noch die Gründung des Bundes Deutscher Offiziere folgte, da schrillten in Washington und London die Alarmglocken. War Stalin drauf und dran, eine Schwenkung seiner Deutschlandpolitik einzuleiten? Ein Zusammengehen zwischen Deutschland und der Sowjetunion war seit Rapallo immer der Alptraum westlicher Kabinette gewesen und – fügen wir getrost hinzu – ist es bis heute geblieben!

Mit der Problematik innerhalb der Ost-West-Allianz kommt also wieder die Perspektive der großen Politik, der internationalen Machtpolitik in den Blick.

Die Westalliierten haben damals alles vermieden, was die ohnehin schon problematische Allianz noch mehr belasten könnte. Es galt, die Sowjets von jedem Alleingang abzuhalten, ihr mögliches Ausscheiden oder einen Seitenwechsel zu verhindern. Diesem Ziele wurden späterhin nicht nur die Interessen der polnischen Exilregierung geopfert (ab Oktober 1943 Konferenz von Moskau, November–Dezember Te-

heran), diese Zielsetzung beeinflusste auch nachhaltig die westliche Haltung gegenüber dem deutschen Widerstand. Briten und Amerikaner waren peinlichst bemüht, den Sowjets alle Kontaktversuche von deutscher Seite sofort mitzuteilen. Sie wollten alles vermeiden, was in Moskau den Verdacht nahelegen könnte, die Westmächte würden einen Kuhhandel mit den Deutschen auf sowjetische Kosten machen. Moskau sollte auch nicht der geringste Vorwand geboten werden, das Bündnis aufzukündigen oder gar die Seite zu wechseln. Angesichts dieser Sachlage mußten auch alle deutschen Warnungen vor einem aus diesem Kriege resultierenden Machtzuwachs der Sowjetunion und ihrer Expansion in Osteuropa und dem Balkan nach einem Zusammenbruch des Reiches nicht nur auf taube Ohren stoßen, sondern geradezu tiefes Mißtrauen bei den Westmächten wecken. Erschwerend kam noch hinzu, daß derartige Argumente nicht nur von den Emisären des Widerstandes in dem Bestreben vorgetragen wurden, den Westen verhandlungsbereit zu machen. Auch die Nazi-Propaganda und Ribbentrops Diplomaten bedienten sich dieser Argumentation, und deutsche Emigranten, sozialistische wie konservative, in den angelsächsischen Ländern ebenfalls.⁷⁰⁾ So unterschiedlich dabei auch jeweils die Motive dieser Gruppen waren, von den westlichen Alliierten wurde diese – gleichsam gesamtdeutsche – Argumentation nur als Indiz für das Bestreben der Deutschen genommen, die in sich brüchige west-östliche Kriegscoalition aufzubrechen. „Nichts hat – so resümiert Lothar Kettenacker seine Analyse der angelsächsischen Sichtweise⁷¹⁾ – dem Widerstand mehr geschadet als der Eindruck im Westen, daß er es ... auf eine Spaltung der Allianz abgesehen hatte, deren Sicherung sich gerade Großbritannien so sehr zu eigen gemacht hatte.“ So standen die Bemühungen des deutschen Widerstandes wieder einmal quer zu den bestimmenden Trends der internationalen Machtpolitik.

Letztlich lag hier, hüben wie drüben, bei den Angelsachsen wie beim Widerstand, eine totale Divergenz der Weltsicht vor. Das wird gerade an der Einschätzung der Sowjetunion und an der Einstellung zur Casablanca-Formel vom Januar 1943 deutlich. Die Abgesandten des Widerstandes argumentieren immer wieder mit dem Macht-Vakuum-Gedanken. Bei einem durch die unconditional-surrender-Forderung verursachten völligen Zusammenbruch des Reiches würde in Mitteleuropa ein Machtvakuum entstehen, in das unvermeidlich die Sowjetunion hineinstoßen würde. Das könne keinesfalls im Interesse der Westmächte liegen. Daher müßten diese rechtzeitig zusammen mit dem Widerstand einen Weg aus dem Krieg heraus suchen, wobei die deutsche Wehrmacht als Ordnungsfaktor in diesem Raum erhalten bleiben müßte. Diese Argumentationsfigur mußte bei den Angelsachsen auf taube Ohren stoßen, mehr noch, tiefes Mißtrauen erwecken; denn im Gegensatz zu den Vermutungen des Widerstandes definierten sie ihre Interessen völlig anders.

Erstens war für sie die deutsche Armee – wie schon gezeigt – kein Ordnungsfaktor, sondern ein permanenter Gefahrenherd.⁷²⁾ Zweitens würde bei einem deutschen Zusammenbruch aus ihrer Sicht kein Vakuum entstehen; alliierte Truppen würden als Besatzungstreitkräfte die Funktion einer Ordnungsmacht ausüben. Und drittens hatte die Sowjetunion in der alliierten Konzeption – wie sie sich ab Anfang 1943 etwa entwickelte – dabei eine unersetzbare Rolle zu spielen. Die zukünftige Friedensordnung in Europa müsse – so definierte man in London trotz mancherlei Unbehagens und Mißtrauens gegenüber den Methoden und wohl auch den

Zielsetzungen Stalins – auf einem Konsens zwischen den Briten, Amerikanern und Sowjets beruhen, um das deutsche Machtpotential langfristig auszuschalten.⁷³⁾ Die Rolle, die bei der endgültigen Beseitigung der deutschen Gefahr 1941 noch einer polnisch-tschechoslowakischen Kombination im Zusammenspiel mit den Briten zugedacht war, sollte nunmehr der UdSSR zufallen; dies um so mehr, als London nicht ausschließen konnte, daß die USA nach Kriegsende Europa bald wieder verlassen würden. Die Sowjetunion sollte obendrein im Rahmen eines globalen Ordnungssystems – wie es Roosevelt vorschwebte – einen wichtigen Platz finden. Die Kooperation mit Rußland war daher zentrales Element sowohl in der britischen Europa-Konzeption als auch im Rahmen eines weltweiten Interessenausgleiches bei der Sicherung der britischen Weltmachtstellung.⁷⁴⁾

Dies war der weltpolitische Rahmen, in dem Großbritannien sein Verhältnis zur Sowjetunion definierte. In dieser Perspektive lag den Warnungen des Widerstandes vor einer Machterweiterung der Sowjetunion in Europa also eine unzutreffende Perception der Interessenlage der Westmächte zugrunde. Die Westmächte begriffen daher ihrerseits nicht die Argumentationslogik des Widerstandes. Sie sahen darin nur einen Angriff auf das Kern-Element ihrer Kriegspolitik, die Ost-West-Kriegsallianz. Daher wirkte die Warnung vor der Sowjetunion nicht nur nicht, sondern war kontraproduktiv auch für die Interessen des Widerstandes. Und was das Argument anging, ein deutscher Zusammenbruch und eine Zerschlagung der Armee brächte das Chaos, so war in britischer Optik die einzig naheliegende Möglichkeit dieses Chaos zu vermeiden, die sofortige Kapitulation.

Daß manche Vertreter des Widerstandes diese Logik lange nicht akzeptierten, sondern z.T. bis in den Sommer 1944 hinein nach irgendwelchen Möglichkeiten suchten, ein Arrangement mit den Westmächten doch noch herbeizuführen, hängt nicht nur mit der in einem totalitären Staat gegebenen politisch-intellektuellen Isolierung zusammen, auch nicht nur mit der Langwierigkeit des notwendigen Umdenkungsprozesses, sondern wohl auch mit dem Eindruck, den die Gespräche mit den verschiedenen Vertretern des amerikanischen Geheimdienstes auf sie machten, mit denen sie Kontakt aufgenommen hatten,⁷⁵⁾ nachdem die Briten sich als Gesprächspartner verweigert hatten. Gewiß haben OSS-Repräsentanten ihnen expressis keine Hoffnung auf ein Arrangement mit den Westmächten unter Ausklammerung der Sowjetunion gemacht. Aber es kann ihnen andererseits auch nicht entgangen sein, daß wichtige OSS-Vertreter allmählich zu der Ansicht kamen, man sollte den Krieg durch Kooperation mit den deutschen ‚Dissidenten‘ abkürzen und damit zugleich die Sowjets eindämmen. Zu den Vertretern solcher Ansichten gehörte gewiß der OSS-Chef Donovan selbst, der mehrfach, wenngleich vergeblich, bei Roosevelt für einen geschmeidigeren Umgang mit dem deutschen Widerstand plädiert hat,⁷⁶⁾ sowie vor allem der OSS-Vertreter in Bern, Allen W. Dulles, der in seinen Berichten sich immer mehr die Argumentationen des Widerstandes zu eigen machte: Dulles war gegen die unconditional-surrender-Forderung, da sie nach seiner Ansicht den Krieg verlängerte. Er hatte mehrfach seinen Vorgesetzten erklärt, der Westen müsse mit den gemäßigten Kräften in Deutschland zusammenarbeiten, um Chaos in Mitteleuropa und eine anschließende kommunistische Machtergreifung zu verhindern.⁷⁷⁾ Natürlich erhielt er aus Washington nie eine positive Antwort. Der amerikanische Geheimdienst hatte eben keinerlei Einfluß auf die Grundsatzentscheidungen

der westalliierten Kriegspolitik. Aber Dulles scheint offensichtlich Emissären des Widerstandes gegenüber – so etwa zu Gisevius – dennoch angedeutet zu haben, im Falle einer Beseitigung Hitlers und seines Systems könne man auf ein amerikanisches Entgegenkommen rechnen. Das mag zeitweilig zu einer unzutreffenden Einschätzung der westalliierten Interessenlage in den Reihen des Widerstandes beigetragen haben.

Die tiefste Ursache für die letztlich totale Kommunikationsunfähigkeit zwischen Widerstand und Westmächten lag in den fundamental verschiedenartigen Interessendefinitionen und den daraus resultierenden Perzeptionsverzerrungen. Der Widerstand fühlte sich in einer gemeinsamen Frontstellung mit den Westmächten stehend, insofern er sich demselben Feind gegenüber sah wie die Westmächte – Hitler und seinem Regime. Aus dieser Gemeinsamkeit des Gegners heraus unterstellte er auch eine Identität der Interessen zwischen sich und den Westmächten.⁷⁹⁾

Die Westmächte dagegen sahen keineswegs eine solche Interessengemeinschaft vorliegen. Sie hatten ein anderes Feindbild: das deutsche Großmachtstreben, das sie – wenngleich mit graduellen Unterschieden – sowohl im „Dritten Reich“, im NS-System verkörpert sahen, als auch in dem, was mit einer Chiffre ‚preußisch-deutscher Militarismus‘ genannt wurde.⁸⁰⁾ Daher vermochten sie nicht zwischen Hitler-Deutschland und dem ‚Anderen Deutschland‘ zu unterscheiden.

Der Widerstand unterstellte – von seinem Selbstverständnis und seiner Perzeption westlicher Interessen her verständlich –, daß die Zerschlagung des deutschen Reiches und das Einrücken der Sowjetunion in dessen Stelle in Mitteleuropa nicht im Interesse der Westmächte liegen könne. Der Westen jedoch sah zu jener Zeit in der Sowjetunion kein potentiell Gefahrenelement, sondern einen Partner, mit dem erreicht werden konnte, was zuvor mit Deutschland nie gelungen war, die friedliche Neuordnung Europas im Rahmen eines globalen Interessenausgleiches.

Es ist gesagt worden, das Dilemma des deutschen Widerstandes habe darin gelegen, daß er zugleich Verbündeter der Westmächte (gegen den gemeinsamen Feind Hitler) als auch alternative Regierung des Kriegsgegners der West-Alliierten gewesen sei.⁸¹⁾ Das ist aus der Perspektive des Widerstandes gesehen. Die Westmächte dagegen hatten eine besondere Perspektive; der Widerstand war für sie auch ‚Feind‘, Kontrahent jedenfalls insofern und insoweit er beanspruchte, die Interessen des Reiches als einer europäischen Großmacht zu vertreten gegen die Kriegsgegner wie gegen Hitler. Hier bestanden völlig verschiedene Perspektiven.

Es gab keine Gemeinsamkeit im Feindbild, keine Gemeinsamkeit der Interessendefinitionen, keine Gemeinsamkeit in der Umweltperzeption, z.B. bezüglich der Sowjetunion. Damit gab es praktisch keine Chance eines konstruktiven Dialoges.

Dieser Befund schlägt sich vielfältig in den Kommentaren und Bemerkungen westlicher Politiker und Diplomaten⁸²⁾ nieder. Dies wird deutlich angesichts der verzweifelten Versuche des Widerstandes, in einen Dialog einzutreten oder diesen gar mit Mitteln zu erzwingen, die – wie die Drohung mit einer Wendung nach Osten – entweder kontraproduktiv waren oder – wie die Offerte, militärische Operationen der Alliierten zur Abkürzung des Krieges zu unterstützen – als nicht akzeptabel angesehen wurden.

Im Juni 1944 wurde im Foreign Office zum letzten Mal eine Analyse der zuständigen Abteilungen über die deutschen „Dissidents“ verfaßt, die einerseits zeigt, wie schlecht die Briten über den deutschen Widerstand informiert waren – nicht zuletzt eine Folge ihrer Devise ‚absolute silence‘ – und die andererseits die Prinzipien nochmals enthüllt, welche Londons Politik gegenüber dem Widerstand bestimmten.⁸³⁾

Einer der Referenten (Harrison) schrieb, es existierte wahrscheinlich gar keine organisierte Opposition in Deutschland, oder doch keine, die genügend Macht hätte, „uns gegenwärtig irgendwie zu Diensten zu sein“. Daher solle man keinerlei Initiative gegenüber diesen dissidenten Gruppen ergreifen.

Der stellvertretende Unterstaatssekretär fügte hinzu: „Zweifellos werden die Generäle die ersten Friedensfüher ausstrecken, aber diese werden anti-russisch sein, und wir werden deswegen Schwierigkeiten mit den USA darüber bekommen.“ Der Staatssekretär stimmte dem zu: „Wenn überhaupt etwas an den Dissidenten dran ist, woran ich meine Zweifel habe, dann ist ihr einziges Ziel, Europa vom Bolschewismus zu retten, d.h. Deutschland gegen Rußland Hilfe zukommen zu lassen, und das ist undenkbar.“ Ein anderer Diplomat fügte hinzu, es sei unwahrscheinlich, daß die „dissidents“ irgend etwas zur Verkürzung des Krieges beitragen könnten, und wenn „dann würden sie von uns Zusicherungen verlangen, die uns späterhin in Verlegenheit bringen würden“.

Alles in allem: Hier kommt auf der Grundlage unzureichender Kenntnisse eine rein instrumentale Behandlung des Widerstandes unter den Gesichtspunkten der Vorteile für die Kriegsanstrengungen und der Rücksichtnahme auf die Allianzpartner zum Ausdruck.

Während der Widerstand glaubte, im abendländischen Wertesystem eine gemeinsame Basis mit den Westmächten zu besitzen, sah der Westen das Phänomen Widerstand ausschließlich unter dem Aspekt internationaler Machtpolitik und nationaler Interessen, die er nach anderen Kategorien definierte als der Widerstand.

Klassisch kommt dies in einer Stellungnahme der zuständigen Abteilungen des Foreign Office auf ein Memorandum zum Ausdruck, welches im September 1944 die Frage analysierte: ‚Will Germany go Communist?‘ Die Schlußfolgerung jener Stellungnahme lautete: „Wenn wir die Junker und Generalstäbe zerschlagen, die deutsche Armee abschaffen, Ostpreußen abtrennen, der Ruhrindustrie Fesseln anlegen, so daß weder Generäle noch Großindustrielle als nationale Führer übrigbleiben, dann mag es wohl sein, daß wir in Deutschland eine Art fortgeschrittenen Staatssozialismus bekommen, der sich vom marxistischen Kommunismus nicht unterscheidet. Aber das sollte uns nicht beunruhigen. Was uns Sorgen machen muß, ist ein Deutschland, das zum Russischen Kommunismus übergeht (d.h. seine Befehle aus Moskau erhält) oder aber auch ein nicht-kommunistisches Deutschland, das von einer getarnten Revanchisten-Gruppe geführt, sich an Rußland anlehnt.“⁸⁴⁾

Ungeachtet dieser rein machtpolitischen Betrachtungsweise auf der Ebene der alliierten Regierungen gab es auf einer ganz anderen Ebene – wenngleich nur punktuell – eine positive Antwort auf die Demarchen des deutschen Widerstandes, nämlich in der Solidarität mit nicht-deutschen Widerstandsbewegungen im besetzten Ausland. Hier wurde die Gemeinsamkeit der Wertvorstellungen, wie sie im Kampf gegen den gemeinsamen Gegner gewachsen oder reaktiviert waren, zur soliden Grundlage der Zusammenarbeit.⁸⁵⁾

Die Kontakte, die Männer wie Moltke, Trott, Staehle und andere mit nicht-deutschen Widerstandsbewegungen während des Krieges knüpften, erfolgte genau auf jener Grundlage der Gemeinsamkeit der Wertvorstellungen, die zwischen dem deutschen Widerstand und den in vielfältigen machtpolitischen Bezügen stehenden kriegführenden Staaten und deren Regierungen nicht vorhanden war. Moltke hat diese Zusammenarbeit einmal als die „Übersetzung auf das europäische Niveau“ bezeichnet,⁸⁶⁾ und Klemens von Klemperer spricht in diesem Zusammenhang von einem „Fall reiner Widerstandsaußenpolitik, ... ein Zusammentreffen von Widerstandsbewegungen verschiedenster Nationen“.⁸⁷⁾ Einer der niederländischen Widerstandskämpfer, der damals in Kontakt mit den deutschen Widerständlern stand, bezeugte, daß sie keine deutschen Nationalisten gewesen seien, sondern daß „ihre Treue der Menschheit“ galt – so im Falle Trott.⁸⁸⁾

Allerdings dieses Handeln aus der Gemeinsamkeit der Wertvorstellungen heraus scheiterte letztlich in der Konfrontation mit der internationalen Machtpolitik. Hierzu nur ein Beispiel⁸⁹⁾: Ende 1943 leitete die niederländische Widerstandsbewegung, die mit dem Kreis um Moltke und Trott durch Oberst Staehle ständigen Kontakt hatte, ein Memorandum dieses Kreises an die niederländische Exilregierung in London weiter, in dem gewisse Verhandlungsvorschläge gemacht wurden.⁹⁰⁾ Die Niederländer fügten Informationen über diese deutsche Widerstandsgruppe bei und befürworteten deren Vorschläge. Der Premierminister der niederländischen Exilregierung leitete diese Unterlagen an die britische Regierung weiter. Eden schrieb ihm daraufhin Ende Januar 1944: „Solche Schritte erfolgten bislang immer vom deutschen Geheimdienst und wurden als solche dann ignoriert.“⁹¹⁾ Die niederländische Widerstandsgruppe erhielt daraufhin die Anweisung, die Regierung wolle nichts damit zu tun haben. Zwar konnte sie angesichts dieser Haltung keine politische Hilfestellung für die deutschen Widerständler geben, aber sie brachen die Kontakte mit diesen nicht ab. Die Solidarität blieb tragfähig. Die niederländischen Widerstandskämpfer hatten diesen Versuch eines Neuansatzes europäischer Politik aus dem Geist des Widerstandes heraus bewußt getragen. Die alliierten Regierungen, eingebunden in vielfältige machtpolitische Bezüge, vermochten dies nicht.

Betrachten wir zum Schluß die gesamte Problematik in einem größeren historischen Zusammenhang, dann erkennt man, daß der deutsche Widerstand ebenso ein Opfer der machtpolitischen Interessendurchsetzung kriegführender Großmächte geworden ist, wie Teile des nicht-deutschen Widerstandes: So sind z.B. die nicht-kommunistische polnische Heimatarmee, die Armja Krajowa, ebenso zu nennen wie die royalistischen Cetniki des jugoslawischen Generals Mihailowitsch – ohne die spezifische Eigenart und Unvergleichbarkeit dieser Gruppierungen mit dem deutschen Widerstand übersehen zu wollen. Hier ist auch auf die Tatsache zu verweisen, daß die außenpolitischen Zukunftsvisionen vieler westeuropäischer Widerstandsgruppen nach dem Kriege an den Interessen und Interessengegensätzen der Großmächte scheiterten.⁹²⁾

Sie alle gerieten – wenn auch in unterschiedlicher Weise, die einen physisch, die anderen intellektuell – in den Mahlstrom der internationalen Machtpolitik mit ihrer ganzen Härte und Kälte. Auch der deutsche Widerstand mußte diese bittere Erfahrung machen.

Jedoch – auch ohne Hegels ‚List der Geschichte‘ beschwören zu wollen – gerade in dem Scheitern des deutschen Widerstandes, in seinem unbarmherzigen Ausgeliefertsein an die Interessen internationaler Machtpolitik, lag die Chance seiner historischen Bedeutung beschlossen:

Als in der Katastrophensituation des Sommers 1944 – die alliierte Invasion war gelungen, die Heeresgruppe Mitte im Osten zerschlagen, alle Fühlungen zu den Alliierten gescheitert – General v. Tresckow in dieser Lage die entscheidende Parole ausgab, die uns in Schlabrendorffs Worten überliefert ist und als er zur freien Tat jenseits allen realpolitischen Kalküls aufrief, da war dies das eigentliche, das ‚echte Politikum‘, das Zeichen aufgerichtet „vor der Welt und vor der Geschichte“ – und damit die eigentliche Quelle der geschichtlichen Wirksamkeit des Widerstandes.

- 1) Vgl. den ausführlichen Literaturbericht von Klaus-Jürgen Müller und Hans Mommsen, Der deutsche Widerstand gegen das NS-Regime. Zur Historiographie des Widerstandes, in: Klaus-Jürgen Müller (Hrsg.), Der deutsche Widerstand 1933–1945, Paderborn 1986 (=UTB 1398), S. 13–21; dort auch weitere Hinweise auf Lit. Berichte, Bibliographien und Forschungsberichte zum Widerstand; vgl. auch den vorzüglichen Forschungs- und Problemaufriß von Peter Steinbach, Der Widerstand als Thema der politischen Zeitgeschichte, in: Gerhard Besier und Gerhard Ringshausen (Hrsg.), Bekenntnis, Widerstand, Martyrium von Barmen 1934 bis Plötzensee 1944, S. 11–74.
- 2) Peter Steinbach, Forschungen zum deutschen Widerstand 1933–45 (unveröff. Manuskript zur Arbeitstagung des Forschungsschwerpunktes der VW-Stiftung am 16.3.1986 in Tutzing), S. 3.
- 3) So Ekkehard Klaus, Perfides Albion, in: DIE ZEIT Nr. 30 (18.7.1986), S. 6.
- 4) Marianne Meyer-Krahmer, geb. Goerdeler, in: DIE ZEIT Nr. 18 (25.4.1986).
- 5) So Christabel Bielenberg („Voreingenommener Unsinn und ... absurde Schlußfolgerungen“), in: DIE ZEIT Nr. 33 (8.8.1986). Vgl. auch Heinz Karst, Ein deutsches Vermächtnis – Der 20. Juli 1944 heute. Beurteilungen, Fehlbeurteilungen, Wahrheit, in: Beiheft zu Der Gelbe Kreis, Nr. 387–388, Juni/Juli 1986. Im Gegensatz dazu vgl. die abwägenden Ausführungen bei Steinbach (Anm. 2).
- 6) vgl. Bielenberg (Anm. 5) und Klaus (Anm. 3).
- 7) Vgl. die Kontroverse zwischen Peter Hoffmann, Generaloberst Becks militärpolitisches Denken, in: HZ 234 (1982), S. 101–121, und Klaus-Jürgen Müller, Militärpolitik, nicht Militäropposition!, in: HZ 235 (1982), S. 355–371. Allgemein vgl. dazu Klaus-Jürgen Müller, Generaloberst Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933–1938, Boppard 1980.
- 8) Wilhelm Ritter v. Schramm, Beck und Goerdeler, Gemeinschaftsdokumente für den Frieden, 1941–1944, München 1965. George K. Romoser, The Politics of Uncertainty: The German Resistance Movement, in: Social Research, Vol. 31 (1964), Nr. 1.
- 9) Hermann Graml, Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes, in: Walter Schmitthener u. Hans Buchheim (Hrsg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln, Berlin 1966; die Zitate dort S. 17 f. und S. 72.
- 10) Vgl. dazu Peter Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, 4. Aufl., München 1985.
- 11) Außer vorstehend genannter Arbeit von Hoffmann vgl. vor allem Lothar Kettenacker (Hrsg.), Das „Andere Deutschland“ im Zweiten Weltkrieg. Emigration und Widerstand in internationaler Perspektive, Stuttgart 1977 (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 2); Bernd Martin, Deutsche Oppositions- und Widerstandskreise und die Frage eines separaten Friedensschlusses im Zweiten Weltkrieg,

- in: Müller, *Der deutsche Widerstand* (Anm. 1), S. 79–107, sowie die Beiträge in Teil VI „Auslandsbeziehungen des Widerstandes“ und VIII „Außenpolitik und Innere Situation“ des Sammelbandes von Jürgen Schmädeke und Peter Steinbach (Hrsg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, München und Zürich 1985.
- 12) Neuerdings diese These, untermauert mit neuem Material und in größerem Rahmen entfaltet, wieder bei Richard Lamb, *Whitehall Madness, The Failure to End the Second World War*, London 1986; und ders., *The Foreign Office Responses to the Overtures from the Trott-Goerdeler Conspirators* (vorgelegt auf der deutsch-britischen Konferenz über den deutschen Widerstand und Großbritannien in Leeds vom 6.–9. Mai 1986). Das Goerdeler-Zitat aus einem Brief vom 11.10.1938 zit. bei Gerhard Ritter, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, 4. unveränd. Aufl., Stuttgart 1984, S. 198; vgl. auch Ulrich v. Hassell, *Vom ändern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944*, 2. Aufl., Zürich/Freiburg 1946, S. 18. Als britische Stimme in diesem Sinne interessant die Bemerkung Botschafter Hendersons in einem Brief an den Außenminister Halifax vom 6.10.1938: „Dadurch, daß wir den Frieden gerettet haben, haben wir Hitler und sein Regime gerettet“ (zit. in: Rudi Strauch, *Sir Neville Henderson, Britischer Botschafter in Berlin von 1937 bis 1939. Ein Beitrag zur diplomatischen Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges*, Bonn 1959, S. 176).
 - 13) So die These von Bernd Martin, *Das außenpolitische Versagen des Widerstandes 1943/44*, in: Schmädeke/Steinbach (Hrsg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus* (Anm. 11), S. 1037–1060, sowie ders., *Deutsche Oppositions- und Widerstandskreise und die Frage eines separaten Friedensschlusses*, in: Müller, *Der deutsche Widerstand*, (Anm. 1) S. 79–107
 - 14) Hierzu und zum folgenden stütze ich mich auf den unveröffentlichten Beitrag von David N. Dilks, *Britain and Germany 1937–1939: A Context for British Reactions to the German Resistance* (vorgelegt auf der deutsch-britischen Konferenz über den deutschen Widerstand und Großbritannien in Leeds vom 6.–9. Mai 1986); vgl. auch David N. Dilks (Ed.), *Retreat from Power*, 2 Bde., London 1981.
 - 15) Dilks, *Britain and Germany* (Anm. 14), S. 2.
 - 16) Zum folgenden vgl. ebd. S. 16 ff. und David N. Dilks, *Appeasement and Intelligence*, in: ders., *Retreat from Power* (Anm. 14), Bd. I, S. 139–169.
 - 17) David N. Dilks, *Flashes of Intelligence*, in: ders. und Christopher Andrews, *The Missing Dimension*, London 1984, S. 118 ff.
 - 18) David N. Dilks, *Britain and Germany* (Anm. 14), S. 23. Vgl. auch *Documents on British Foreign Policy*, series III, Bd. 2 (London 1949), S. 683 ff. und 686 f. (Kleist-Besuch).
 - 19) *The Diaries of Sir Alexander Cadogan 1938–1945*, edited by David N. Dilks, London 1971, S. 94–95 (Eintragungen vom 6. und 7. September 1938).
 - 20) Für 1937–39 gute Zusammenstellung bei Dilks, *Britain and Germany* (Anm. 14), passim; vgl. auch W. N. Medlicott, *Britain and Germany: The Search for Agreement*, in: Dilks, *Retreat from Power* (Anm. 14), vol. I.
 - 21) Ernst v. Weizsäcker, *Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950*, hrsg. von Leonidas E. Hill, Berlin 1974, S. 145 f., 168. vgl. auch Rainer A. Blasius, *Für Großdeutschland – gegen den großen Krieg. Staatssekretär Ernst v. Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen 1938/39*, Köln/Wien 1981, S. 29–71 und Marion Thielenhaus, *Zwischen Anpassung und Widerstand. Deutsche Diplomaten 1938–1941*, Paderborn 1984, S. 41–87.
 - 22) Dazu vgl. Dilks, *Appeasement and Intelligence* (Anm. 16) und ders., *Flashes of Intelligence* (Anm. 17).
 - 23) Chamberlains Schreiben an Hitler vom 27. September 1938: *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, Serie D, Bd. II, Dok 619.
 - 24) Vgl. die Quellenangaben der in Anm. 12. aufgeführten Literatur
 - 25) Blasius (Anm. 21), S. 56 ff. und Thielenhaus (Anm. 21), S. 67–76.
 - 26) Hierzu: Klaus-Jürgen Müller, *Zur Struktur und Eigenart der nationalkonservativen Opposition bis 1938 – Innenpolitischer Machtkampf, Kriegsverhinderungspolitik und Eventual-Staatsstreichplanung*, in: Schmädeke/Steinbach, *Widerstand gegen den*

- Nationalsozialismus (Anm. 11), S. 332 ff. mit der Differenzierung: Anti-Kriegspartei (u. a. Beck, Weizsäcker, Canaris) – Umsturzgruppe (um Oster und Gisevius) – Attentatsgruppe (F. W. Heinz u. a.).
- 27) Vgl. Ritter, Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung (Anm. 12), S. 198 ff.; Erich Kosthorst, Carl Friedrich Goerdeler, in: Robert Lill/Heinrich Oberreuter (Hrsg.), 20. Juli. Portraits des Widerstandes, Düsseldorf–Wien 1984, S. 121 ff. sowie als bislang beste Analyse der Goerdeler-Demarchen 1938–39: Michael Krüger-Charlé, Carl Goerdeler and Great Britain 1937–1939: A Revision of Versailles without a Great War (Paper, Leeds Conference, Anm. 14), S. 15 ff. und 20 ff.
- 28) Hierzu: Dilks, Britain and Germany (Anm. 14), S. 25 ff.; Lamb, Whitehall (Anm. 12) und ders., Response (Anm. 12), S. 1–4: die folgenden Zitate, falls nicht anders angegeben, daraus.
- 29) Cadogan, Diaries (Anm. 19), S. 128 f. Cadogans erste Reaktion (Eintragung vom 10. Dezember 1938, ebd., S. 128) war zunächst skeptisch-positiv: „I don't believe much in this, but if there is anything in it, it's the biggest thing of centuries“. Dann aber kam er zu dem Schluß (ebd. S. 129): „I really don't think we can have anything to do with it“.
- 30) Zit. in: Krüger-Charlé, Revision (Anm. 27), S. 22. Die Rücksichtnahme auf befreundete (bzw. später verbündete) Nationen war bereits jetzt ebenfalls ein Moment in der britischen Entschlußfassung. Vansittart schrieb nämlich, wie Kleist im Sommer 1938, so würde jetzt Goerdeler erwarten, „that we connive officially at their ambitions by double-crossing the Poles beforehand“. Das könne keine Nation von Ehre tun. Vansittarts Kommentar endete mit dem Satz: „Do not trust Dr. Goerdeler except as an occasional informant. He is quite untrustworthy, because his own mind is wrong.“ (ebd.)
- 31) Cadogan, Diaries (Anm. 19), S. 128: „... a ‚programme‘ which we couldn't subscribe to – too much like ‚Mein Kampf‘ – and that rather put me off him“.
- 32) Zit. bei Lamb, Response (Anm. 12), S. 3.
- 33) Klemens v. Klemperer, Nationale oder internationale Außenpolitik des Widerstandes, in: Schmädeke/Steinbach, Widerstand gegen den Nationalsozialismus (Anm. 11), S. 639–651. Vgl. auch Hedva Ben-Israël, Im Widerstreit der Ziele: Die britische Reaktion auf den deutschen Widerstand, in: ebd., S. 732–750.
- 34) Zu dieser Einschätzung vgl. Graml, Die außenpolitischen Vorstellungen (Anm. 9).
- 35) Vgl. Gottfried Niedhart, Großbritannien und die Sowjetunion 1934–1939, München 1972; Roy Douglas, The Advent of War 1939–40, London 1978; Gottfried Niedhart (Hrsg.), Der Westen und die Sowjetunion, Paderborn 1983. Vgl. auch Lothar Kettenacker, Die Diplomatie der Ohnmacht. Die gescheiterte Friedensstrategie der britischen Regierung vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, in: Wolfgang Benz u. Hermann Graml, Sommer 1939. Die Großmächte und der Europäische Krieg, Stuttgart 1979, S. 179–223.
- 36) Vgl. Franz Knipping, Die deutsch-französische Erklärung vom 6. Dezember 1938, in: Klaus Hildebrand u. Karl F. Werner (Hrsg.), Deutschland und Frankreich 1936–1939, München 1981 (= Beihefte der FRANCIA, Bd. 10), S. 523–552; Jean-Baptiste Duroselle, La Décadence. Politique Etrangère de la France 1932–1939, Paris 1979, S. 381–388. Vgl. auch Krüger-Charlé, Goerdeler (Anm. 27), S. 24 und Wolfgang Michalka, Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933–1940, München 1980, S. 264 ff.
- 37) Dilks, Britain and Germany (Anm. 14), S. 27.
- 38) Vgl. Lothar Kettenacker, Die britische Haltung zum deutschen Widerstand während des Zweiten Weltkrieges, in: ders., Das „Andere Deutschland“ (Anm. 11), S. 52 f. sowie Peter W. Ludlow, The Unwinding of Appeasement, in: ebd. (Anm. 11), S. 9–46. Das Memorandum der französischen Regierung in: Dokumente zur Deutschlandpolitik (Anm. 39), S. 37 und bei Kettenacker, ebd., S. 157 ff.
- 39) Außer den in Anm. 38 angeführten Arbeiten vgl. die Materialien in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, I. Reihe, Bd. I: 3. September 1939 bis 31. Dezember 1941: Britische Deutschlandpolitik, bearb. von Rainer A. Blasius, Frankfurt/M. 1984. Vgl. dort S. XIV das Zitat aus einem Privatbrief Chamberlains vom 10. September 1939: „Ich hoffe nicht auf einen militärischen Sieg – ich bezweifle sehr, daß er möglich wäre – sondern auf einen Zusammenbruch der deutschen Heimatfront. Dazu ist es nötig, die Deut-

schen davon zu überzeugen, daß sie nicht gewinnen können“. Dagegen setzte Churchill, nunmehr Marineminister, von Anfang an auf eine militärische Niederwerfung Deutschlands: Winston S. Churchill, *The Second World War*, vol. I: *The Gathering Storm*, London 1955, S. 402. Der Dominien-Minister Eden erklärte in einer Rundfunkansprache am 11. September 1939: „Wir haben uns entschlossen zu kämpfen, um zu beweisen, daß Aggression sich nicht auszahlt, und das deutsche Volk muß erkennen, daß dieses Land die Absicht hat weiterzukämpfen, bis jenes Ziel erreicht ist“ (Deutschlandpolitik, S. XV). Vgl. auch Cadogan, *Diaries* (Anm. 19), S. 221. „We don't make peace with Hitler. Get rid of Hitler: that is my war aim – not peace aim“ (Eintragung vom 7. Okt. 1939). Allgemein vgl. auch Hermann Fromm, *Deutschland in der öffentlichen Kriegsdiskussion in Großbritannien 1939–1945*, Frankfurt/M.–Bern 1982. Peter W. Ludlow kommt in seinem Beitrag Pius XII., die britische Regierung und die deutsche Opposition im Winter 1939/40, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 22 (1974), S. 299–341 zu dem Schluß, daß wichtige Persönlichkeiten in Kabinett und Foreign Office im Herbst/Winter einen Staatsstreich begrüßt hätten. Daher seien Gespräche unter anderem mit Dahlerus, Prinz Hohenlohe und anderen genehmigt worden und der Propaganda-Apparat erhielt die Weisung „Göring in Ruhe zu lassen“. Im Laufe des Winters aber sei diese Einstellung aufgegeben worden (vgl. S. 319).

- 40) Hierzu vgl. außer Kettenacker, *Britische Haltung* (Anm. 38) und Ludlow, *Unwinding of Appeasement* (Anm. 38) auch: Hellmut Krausnick und Hermann Graml, *Der deutsche Widerstand und die Alliierten*, in: *Vollmacht des Gewissens*, Bd. II, hrsg. von Europäische Publikation e.V., Frankfurt/M. 1965, S. 475–552; Harold C. Deutsch, *Verschwörung gegen den Krieg. Der Widerstand in den Jahren 1939–1940*, München 1969; Klaus-Jürgen Müller, *Das Heer und Hitler*, Stuttgart 1969, Kap. XI „Staatsstreichpläne 1939/40“; zu den Kontakten über den Vatikan speziell: Ludlow, *Pius XII.* (Anm. 39) sowie von einem prominenten Beteiligten: Josef Müller, *Bis zur letzten Konsequenz. Ein Leben für Frieden und Freiheit*, München 1975, S. 80–154. Für den Gesamtzusammenhang der Geheimkontakte damals: Bernd Martin, *Friedensinitiativen und Machtpolitik im Zweiten Weltkrieg 1939–1942*, Düsseldorf 1974.
- 41) Zit. bei Kettenacker, *Der nationalkonservative Widerstand aus angelsächsischer Sicht*, in: *Schmädeke/Steinbach, Widerstand gegen den Nationalsozialismus* (Anm. 11), S. 716 und 728.
- 42) Zit. ebd., S. 717; die erwähnte Zusammenstellung „Summary of Principal Peace Feelers, September 1939–March 1941“ ist vollständig abgedruckt in: Kettenacker, *Das „Andere Deutschland“* (Anm. 11), S. 164–187.
- 43) Kettenacker, *Nationalkonservativer Widerstand* (Anm. 41), S. 718 und ders., *Die britische Haltung* (Anm. 38), S. 56 ff.
- 44) Zit. bei Kettenacker, *Nationalkonservativer Widerstand* (Anm. 41), S. 717.
- 45) Zit. ebd. und ders., *Die britische Haltung* (Anm. 38), S. 54.
- 46) Vgl. allgemein dazu Anthony Goldman, *Germans and Nazis: The Controversy over ‚Vansittartism‘ in Britain during the Second World War*, in: *Journal of Contemporary History*, vol. 14 (1979), S. 155 ff.
- 47) So Kettenacker, *Die britische Haltung* (Anm. 38), S. 55; dagegen Martin, *Friedensinitiativen* (Anm. 40), S. 274, der einen Unterschied in der Einstellung zwischen Foreign Office und Premierminister Churchill sieht.
- 48) So Cadogan im September 1940, zit. bei Kettenacker, *Die britische Haltung* (Anm. 38), S. 57, Anm. 36.
- 49) Romedio G. Graf von Thun-Hohenstein, *Der Verschwörer, General Oster und die Militäropposition*, München 1984 (dtv 10291), S. 191 und Josef Müller, *Bis zur letzten Konsequenz* (Anm. 40), S. 139 ff.
- 50) Zu dieser Episode: „Summary“ des Foreign Office (Anm. 42), S. 181 f. (daraus auch das Zitat); Kettenacker, *Die britische Haltung* (Anm. 38), S. 57 f.; Martin, *Friedensinitiativen* (Anm. 40), S. 118 sowie Ludlow, *Unwinding of Appeasement* (Anm. 38), S. 37 f.
- 51) „Summary“ des Foreign Office (Anm. 42), S. 169 f.; Kettenacker, *Die britische Haltung* (Anm. 38), S. 58 f.; ders., *Der Nationalkonservative Widerstand* (Anm. 41), S. 718 f.
- 52) Kettenacker, *Die britische Haltung* (Anm. 38), S. 59.

- 53) Kettenacker, *Der Nationalkonservative Widerstand* (Anm. 41), S. 718, „Summary“ des Foreign Office (Anm. 42), S. 182 („Wirth said that his friends' terms would include the retention of the Channel ports from Dunkirk to Boulogne for a period of years and a free hand in the East“).
- 54) Vgl. Graml, *Die außenpolitischen Vorstellungen* (Anm. 9), S. 34 ff.
- 55) Vgl. das reichhaltige Material in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik* (Anm. 39) und die einleitende Analyse von Blasius, ebd., S. XXV ff.
- 56) In diesem Zusammenhang verweist Blasius, *Dokumente* (Anm. 39), S. XXII jedoch mit Recht darauf, daß das britische Kabinett auf die zahlreichen Exilregierungen in London (Niederlande, Belgien, Norwegen, Luxemburg, Polen, Jugoslawien, CSR, französisches Nationalkomitee) Rücksicht nehmen mußte, schon um den Widerstandswillen in den von Deutschen besetzten Ländern aufrechtzuerhalten. Des weiteren mußte die Churchill-Regierung auch eine intransigente Haltung zeigen, um Kräften im britischen Establishment gegenzusteuern, die einen Verhandlungsfrieden mit Deutschland befürworteten.
- 57) Kettenacker, *Die britische Haltung* (Anm. 38), S. 59–60.
- 58) Ludlow: *Diskussionsbeitrag in: Kettenacker, Das „Andere Deutschland“* (Anm. 11), S. 105; vgl. auch Anthony J. Nicholls, *American Views of Germany's Future during World War II*, in: ebd., S. 77. Rücksicht auf die sowjetischen und britischen Verbündeten bestimmte auch die amerikanische Deutschlandpolitik, vgl. ebd., S. 81.
- 59) Churchill, *The Second World War* (Anm. 39), vol. III: *The Grand Alliance* (London 1950), S. 582: Memorandum vom 18. Dez. 1941.
- 60) ebd. vol. IV: *The Hinge of the Fate*, 2. Aufl., London 1951, S. 782: Memorandum vom 27. Juli 1942.
- 61) Lamb, *Foreign Office Responses* (Anm. 12), S. 9 (Stellungnahme Cadogans; dort auch weitere Stellungnahmen aus dem Foreign Office).
- 62) ebd., S. 12, 14, 15.
- 63) ebd., S. 12: „I believe therefore that the group Adam (v. Trotz) represents really does exist and that it is of some importance for our Political Warfare and it could be misdirected by us in ways useful to His Majesty's Government“.
- 64) Zit. in „Summary“ (Anm. 42), S. 189.
- 65) Vgl. Kettenacker, *Der Nationalkonservative Widerstand* (Anm. 41), S. 721 ff. und Nicholls, *American Views* (Anm. 58), S. 77.
- 66) Hierzu und zum folgenden vgl. Alexander Fischer, *Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945*, Stuttgart 1975 (vgl. Kp. 14 „Brüchiges Bündnis mit Großbritannien“). Vgl. auch Martin, *Das außenpolitische Versagen* (Anm. 13) und ders., *Widerstand und Frage des separaten Friedensschlusses* (Anm. 11).
- 67) So die Formulierung von Vojtech Mastny, *Stalin and the Prospects of a Separate Peace in World War II*, in: *American Historical Review*, Vol. 77 (October 1972), S. 1373.
- 68) Hierzu und zum Folgenden vgl. die Arbeiten von Fischer (Anm. 66) und Mastny (Anm. 67); vgl. auch H. W. Koch, *The Spectre of a Separate Peace in the East: Russo-German „Peace-Feelings“ 1942–1944*, in: *Journal of Contemporary History* (1975), S. 531–549, und vor allem Josef Schröder, *Bestrebungen zur Eliminierung der Ostfront 1941–1943*, Göttingen–Zürich 1985 sowie Bernd Martin, *Verhandlungen über separate Friedensschlüsse 1942 bis 1945*. Ein Beitrag zur Entstehung des kalten Krieges, in: *MGM 2/76* Bd. 20, S. 95–114; ders., *Deutsch-Sowjetische Sondierungen über einen separaten Friedensschluß im Zweiten Weltkrieg*, in: *Felder und Vorfelder russischer Geschichte*, hrsg. von Inge Auerbach, Andreas Hillgruber und Gottfried Schramm, Freiburg i. Br. 1985, S. 280 ff. sowie als neueste Analyse: Ingeborg Fleischhauer, *Die Chance des Sonderfriedens. Deutsch-sowjetische Geheimgespräche 1941–1945*, Berlin 1986, die zu dem Schluß kommt (S. 286 f.), daß die Sorge der Westmächte vor deutsch-sowjetischen Sonderfriedensbestrebungen weniger begründet war, als man in London und Washington anzunehmen geneigt war. Allerdings meint sie, – in sehr vorsichtiger Formulierung – daß zwischen Stalingrad und der Schlacht um Kursk-Orel (Juli 1943) ein Kompromißfrieden nicht unmöglich gewesen wäre. Zu sowjetischen Archiven hatte

auch diese Verfasserin jedoch keinen Zugang, so daß ihre Schlußfolgerungen der letzten Beweiskraft ermangeln.

- 69) Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik (Anm. 66), S. 43: Stalin, Schreiben an Churchill vom 24. Juni 1943. Fleischhauer, Sonderfrieden (Anm. 68), S. 287 f. formuliert in diesem Zusammenhang, die Krise des Bündnisses habe Stalin zu einem „Schaukelmanöver“ veranlaßt, „ein kurzes, die Westmächte in Zugzwang bringendes Signal“ seines zunehmend unabhängigen militärischen und politischen Kurses zu sehen. Im übrigen stellte er dann ab September 1943 langfristig doch die Weichen auf eine Nachkriegskooperation mit den Westmächten.
- 70) Das arbeitet besonders heraus Bernd Martin, Das außenpolitische Versagen (Anm. 13) und ders., Widerstand und separater Friedensschluß (Anm. 11).
- 71) Kettenacker, Der nationalkonservative Widerstand (Anm. 41), S. 720; über entsprechenden amerikanischen Argwohn vgl. Nicholls, American View (Anm. 58), S. 86.
- 72) Vgl. hierzu die gute Analyse bei Ben-Israel, Britische Reaktionen (Anm. 33), S. 747 f. Die Verfasserin sieht in der „Rolle, die die Armee in den Plänen des Widerstandes spielte ... ein unüberwindliches Hindernis“ für eine Kooperation der Briten mit dem Widerstand (ebd.).
- 73) Hierzu Kettenacker, Der nationalkonservative Widerstand (Anm. 41), S. 720 f.
- 74) Vgl. Kettenacker, Die britische Haltung (Anm. 38), S. 61 f., 70 f.; sowie Gottfried Niedhart, zwischen Feindbild und Wunschbild: die Sowjetunion in der britischen Urteilsbildung 1917–1945, in: ders. (Hrsg.), Der Westen und die Sowjetunion, Paderborn 1983, S. 114–118. Über die amerikanischen Vorstellungen vgl. Nicholls, American Views (Anm. 58) S. 81 f. Botschafter Murphy berichtet, Roosevelt habe ihm im September 1944 gesagt, „wir müßten die Besetzung Deutschlands in einer Art und Weise handhaben, die die Russen davon überzeugt, daß die USA ehrlich bestrebt seien, mit ihnen zusammenzuarbeiten . . . Roosevelt bat mich dringend nicht zu vergessen, daß unser vornehmstes politisches Ziel nach dem Kriege die sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit sei – die unabdingbare Voraussetzung für den Weltfrieden – und Deutschland das Versuchsfeld für eben diese Zusammenarbeit werden müsse“. (Robert Murphy, Diplomat unter Kriegern, 2. Aufl. Berlin 1966, S. 277–278).
- 75) Hierzu Martin, das außenpolitische Versagen (Anm. 13) und ders., Der Widerstand und die Frage separater Friedensschlüsse (Anm. 11).
- 76) Anthony Cave Brown, The Last Hero, Wild Bill Donovan, London 1982, S. 271–293, 359 ff., 566 ff. und Bradley F. Smith, The Shadow Warriors. OSS and the Origins of the CIA, London 1983, Kp. III–IV.
- 77) Allen Welsh Dulles, Verschwörung in Deutschland, Zürich 1949. Speziell S. 157–184, S. 211–223; Brown, Hero (Anm. 76), S. 286–292, 527–532; Hoffmann, Widerstand (Anm. 10), sowie Smith, OSS (Anm. 76), S. 191 f. S. 214 f.
- 78) Vgl. Dulles, Verschwörung (Anm. 77), S. 168 ff., und Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers: 1944, Vol. I, Washington 1955, Christian Müller, Oberst i. G. Stauffenberg. Eine Biographie, 2. Aufl. Düsseldorf 1971, S. 411 ff. und S. 451 ff., vgl. auch Nicholls, American Views (Anm. 58), S. 86.
- 79) Vgl. v. Klemperer, Außenpolitik des Widerstandes (Anm. 33), S. 644: „Interessengemeinschaft zwischen der deutschen Opposition und den Weltmächten“.
- 80) Vgl. Ben-Israel, Britische Reaktionen (Anm. 33), S. 737 ff., 746 ff. sowie K. W. Deutsch, Diskussionsbeitrag in: Schmädcke/Steinbach, Widerstand (Anm. 11), S. 1136 ff. Entsprechendes Material auch bei Lamb, Responses (Anm. 12) und ders., Whitehall (Anm. 12).
- 81) So v. Klemperer, Außenpolitik des Widerstands (Anm. 33), S. 640 f.
- 82) Vgl. das Material, das in den Arbeiten von Kettenacker (Anm. 38 und 41), Ben-Israel (Anm. 33), v. Klemperer (Anm. 33), Lamb (Anm. 12) und Nicholls (Anm. 58) ausgebreitet ist.
- 83) Zum folgenden vgl. Lamb, Response (Anm. 12), S. 35–38. Vgl. auch ders., Whitehall (Anm. 12). Das Memorandum eines der Referenten des Central Departments des Foreign Office vom 8. Juni 1944, das die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe zusammenfaßt,

- ist abgedruckt bei Kettenacker, Das „Andere Deutschland“ (Anm. 11), S. 200–203; die Kommentare anderer hoher Beamter dazu bei Lamb, Response (Anm. 12), S. 37–38.
- 84) Das Memorandum abgedruckt bei Kettenacker, Das „Andere Deutschland“ (Anm. 11), S. 212–217.
- 85) Auf diese Dimension der Auslandskontakte weist besonders hin: v. Klemperer, Außenpolitik des Widerstandes (Anm. 33), S. 647. Zu den ideellen Übereinstimmungen innerhalb der europäischen Widerstandsbewegungen und zu ihrer Haltung Deutschland gegenüber vgl. die Dokumentation u. Analyse von Walter Lipgens (Hrsg.), Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945, München 1968. Zum faktischen Geschehen vgl. Ger van Roon, Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick, 2. Aufl., München 1986, Kap. 12 „Das Ausland“.
- 86) Zitiert in Freya v. Moltke, Michael Balfour und Julian Frisby, Helmuth James von Moltke 1907–1945, Anwalt der Zukunft, 1975, S. 203 (Brief vom 17. Nov. 1942).
- 87) v. Klemperer, Außenpolitik des Widerstandes (Anm. 33), S. 647.
- 88) So der niederländische Widerstandskämpfer J. H. van Roijen, zit. in Henry A. Malone, Adam von Trott zu Solz: Nationalismus als Motiv für den Widerstand?, in: Schmädke/Steinbach, Widerstand (Anm. 11), S. 657; vgl. auch Lamb, Response (Anm. 12), S. 16 f.
- 89) Hierzu außer der unter Anm. 85 genannten Arbeit G. van Roons dessen Buch: Ger van Roon, Wilhelm Staehle. Ein Leben auf der Grenze 1877–1945, S. 46–58.
- 90) Text des Memorandums abgedruckt bei van Roon, Widerstand (Anm. 85), S. 211–217.
- 91) Zitiert bei Lamb, Response (Anm. 12), S. 26, Brief Edens an den niederländischen Exil-Ministerpräsident Gerbrandy vom 28. Januar 1944.
- 92) Hierzu vgl. die Ausführungen von Lipgens (Anm. 85), S. 1–25.

Zur Person

Klaus-Jürgen Müller, geb. 1930 in Hamburg. Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr Hamburg (seit 1973) und an der Universität Hamburg (seit 1977). Zuvor Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Freiburg i. Br. (1959–68), 1970–73 Prof. für Neuere Geschichte und Didaktik der Geschichte an der PH Ludwigsburg, 1982–1986 Vorsitzender des Komitees der Bundesrepublik für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Mitglied des Institut d'histoire des Relations Internationales Contemporaines (IHRIC) Paris, Gastprofessuren an den Universitäten Tel Aviv (1975) und Paris IV-Sorbonne (1984).

Wichtigste Veröffentlichungen:

- Das Ende der Entente Cordiale (1956)
- Dünkirchen 1940 (zus. mit H.-A. Jacobsen) (1958)
- Das Heer und Hitler (1969)
- Armee, Politik und Militär in Deutschland 1933–1945 (4. Aufl. 1985, 1. Aufl. 1979)
- General Ludwig Beck (1980)
- Machtbewußtsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges (zus. mit F. Knipping, Hrsg.) (1984)
- Militär und Militarismus in der Weimarer Republik (zus. m. E. Opitz) (1974)
- Der deutsche Widerstand 1933–1945, (Hrsg.), Paderborn 1986 (= UTB 1398)